

Die letzte Fluchtwelle aus der DDR im Jahr 1989. Aus den Berichten der westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau

von

Katarzyna Stokłosa *

Im August 1989, als die Deutsche Demokratische Republik (DDR) in ihre Endphase eintrat und sich der Zerfall des Ostblocks abzeichnete¹, flohen Tausende DDR-Bürger in die in Budapest, Warschau und Prag gelegenen westdeutschen Botschaften. Botschaftsbesetzungen in Ost-Berlin und später in anderen sozialistischen Hauptstädten hatte es schon in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre gegeben.² Aber im Sommer 1989 erreichten diese Fluchtbewegungen eine neue Dimension.

Die westdeutschen Botschaften spielten für die DDR-Flüchtlinge eine eminent wichtige Rolle. Als hoheitliche Einrichtungen eines westlichen Staates auf dem Territorium kommunistischer Länder boten sie den Flüchtlingen Schutz und garantierten ihnen Sicherheit. Sobald die Flüchtlinge – von den Sicherheitsbehörden bzw. vom Wachpersonal unbemerkt oder toleriert – die Einzäunung des jeweiligen Botschaftsgebäudes überwunden hatten, befanden sie sich auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und konnten nur durch deren Organe ausgewiesen werden. Nach westdeutschem Recht galten DDR-Bürger als deutsche Staatsangehörige und erhielten auf Verlangen einen Pass der BRD. Allerdings blieb eine Schwierigkeit: die unbehelligte Ausreise von der Botschaft aus in die BRD.³

Der beliebteste Zufluchtsort vor der endgültigen Flucht in die Bundesrepublik war Budapest. Es war in der DDR allgemein bekannt, dass Ungarn an seinen Grenzen eher lax verfuhr, bereits im März 1989 der UN-Flüchtlingskonvention beigetreten war und im Mai 1989 als erstes Land des sozialistischen Osteuropa mit dem Abbau von Sperranlagen an seiner Grenze zum Westen begonnen hatte. Diese Veränderungen waren Bestandteil eines demokratischen Reformprozesses (Ausbau des Streik- und Versammlungsrechts)

* Ich danke Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Gerhard Besier für wichtige inhaltliche Anregungen und die sprachliche Überarbeitung des Aufsatzes.

¹ Vgl. CHARLES S. MAIER: *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*, 4., unveränderte Aufl., Princeton 1999, S. 108-167.

² Vgl. WOLFGANG MAYER: *Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als Form des Widerstandes gegen die politische Verfolgung in der DDR*, Berlin 2002, S. 50, 373-386.

³ Vgl. *Anerkennung und Umdeutung der DDR-Staatsbürgerschaft in die deutsche Staatsangehörigkeit des Rechtes der Bundesrepublik als grundgesetzlich gebotene Folgerung aus dem Wiedervereinigungsgebot? Bemerkungen zu BVerfG 2 BvR 373/83, Beschluß vom 21.10.1987*, in: *Recht in Ost und West* 32 (1988), S. 145-151.

seit Herbst 1988, der mit einer Intensivierung der diplomatischen Beziehungen zur BRD einherging. Scheiterte trotz der günstigen Ausgangslage die Flucht über Budapest (wurden die DDR-Flüchtlinge also in die DDR abgeschoben), wurde der nächste Versuch häufig über Prag unternommen. Als sich die hieraus resultierende Überfüllung der Prager Botschaft herumsprach, versuchten viele über Warschau in den Westen zu gelangen. Diese pragmatischen Gründe erklären – in der genannten Reihenfolge – die Entscheidung für eine der drei westdeutschen Botschaften. Abgesehen davon waren es in nicht wenigen Fällen auch persönliche Überzeugungen, Sympathien oder auch frühere Erfahrungen, die ausschlaggebend dafür waren, über welche Botschaft der Fluchtversuch unternommen wurde.⁴

Zum einen suchten die DDR-Bürger Zuflucht vor dem diktatorischen DDR-Regime. Vor dem Hintergrund ihrer Arbeitssituation und des unzureichenden Warenangebots verbanden sie mit ihrer Flucht aber zum anderen auch die Hoffnung auf eine gut bezahlte Arbeitsstelle und damit auf eine Verbesserung ihres eigenen Lebensstandards in der demokratischen Gesellschaft der BRD.⁵ Der Wunsch nach unbegrenzten Reisemöglichkeiten spielte hierbei natürlich eine herausragende Rolle. Die Interessen der DDR-Flüchtlinge waren damit klar und eindeutig. Welche Duldungs- oder sogar Akzeptanz-Motive lassen sich jedoch auf Seiten der zeitweiligen Aufnahmegesellschaften ausmachen? Befürchteten diese sozialistischen Länder keine Sanktionen durch Moskau und die DDR? In dem vorliegenden Aufsatz werden auf der Grundlage der Botschaftsberichte Antworten auf diese Fragen gesucht. Der Schwerpunkt liegt auf der vergleichenden Analyse der westdeutschen Botschaftsberichte aus den drei genannten Ländern.

1 Forschungsstand und Quellenlage

Während Flucht und Abwanderung von DDR-Bürgern in den Westen bis in die 1960er Jahre hinein in der Forschung berücksichtigt worden sind⁶, ist die Flucht im Jahre 1989 über die westdeutschen Botschaften kurz vor dem Fall der Berliner Mauer ein relativ neues Thema, weil die im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes lagernden Akten erst seit kurzem den Benutzern zur Verfügung stehen. Es gibt bereits einige deutsch- und tschechisch-

⁴ Vgl. KLAUS SCHROEDER: Ursachen, Wirkungen und Folgen der Ausreisebewegung, in: ANDREAS H. APELT (Hrsg.): *Flucht, Ausreise, Freikauf. (Aus-)Wege aus der DDR*, Halle 2011, S. 46-68.

⁵ MAYER (wie Anm. 2), S. 124.

⁶ Siehe vor allem DAMIAN VAN MELIS, HENRIK BISPINCK (Hrsg.): *„Republikflucht“*. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006. Auch die Übersiedlungen aus der DDR (überwiegend von Rentnern) im Frühjahr 1984 in die BRD sind auf das Interesse der Forscher gestoßen. Vgl. VOLKER RONGE: *Von drüben nach hüben. DDR-Bürger im Westen*, Wuppertal 1985. Siehe auch die kürzlich erschienenen Zeitzeugenberichte in WOLFGANG WIETZKER (Hrsg.): *Flucht aus der DDR-Diktatur. 101 Zeitzeugenberichte*, Aachen 2013.

sprachige Aufsätze und vor allem Ausstellungskataloge⁷ und Bildbände⁸, die sich mit den DDR-Flüchtlingen befassen.⁹ Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit hat zudem einen Dokumentarfilm über die Ausreisewelle von DDR-Bürgern produziert. Darin wird geschildert, wie 1989 die Flüchtlinge über die westdeutsche Botschaft in Warschau in die BRD kamen.¹⁰ Auch die Notaufnahmelager in der Bundesrepublik haben in der bisherigen Forschung Berücksichtigung gefunden¹¹, die Rolle, welche die westdeutschen Botschaften in den beteiligten Ländern bei der Flucht der DDR-Bürger spielten, hingegen noch nicht.

Eine Ausnahme stellt die Veröffentlichung von Wolfgang Mayer über Botschaftsbesetzungen dar. Die Studie geht den verschiedenen Formen der Ausreise aus der DDR und der Rolle der Botschaften von den 1970er bis Ende der 1980er Jahre nach. Das Kapitel über die Ausreise von DDR-Bürgern im Jahre 1989 fällt verständlicherweise knapp aus, weil Mayer zu dem damaligen Zeitpunkt lediglich die Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR (BStU) zur Verfügung standen. Er schildert vor allem die Abläufe in chronologischer Reihenfolge und stellt fest, dass die Botschaftsbesetzungen als konsequenteste Form der Bekundung des Ausreisewillens zu verstehen seien.¹² Ohne Botschaftsflüchtlinge, so Mayers These, wären die Massendemonstrationen in der DDR im Jahre 1989 undenkbar gewesen.¹³ Außerdem erschien kürzlich ein Buch von Karel Vodička über die Prager Botschaftsflüchtlinge.¹⁴ Es enthält einige Dokumente aus den Beständen des Archivs des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik und des Archivs der Sicherheitsdienste in Prag, basiert aber überwiegend auf Quellen aus deutschen Archiven. Vodička stellt in dokumentarischer, wenig analytischer Form die Ausreise der DDR-Flüchtlinge im September, Oktober und November 1989 dar.

⁷ Siehe vor allem den Katalog des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien: Der Eiserner Vorhang. Katalog zur Sonderausstellung (gemeinsam mit dem Militärhistorischen Museum, Budapest), 24. April bis 29. Juli 2001, Wien 2001.

⁸ Siehe vor allem HARALD SALFELLNER, WERNER WENNDT (Hrsg.): Das Palais Lobkowitz. Ein Ort deutscher Geschichte in Prag, Praha 1999.

⁹ Vgl. BERND FLORATH (Hrsg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen 2011.

¹⁰ KRZYSZTOF CZAJKA: Tschüss DDR. Über Warschau in die Freiheit / Żegnaj NRD. Przez Warszawę ku Wolności (Polen 2009). Mit den DDR-Flüchtlingen in Ungarn beschäftigt sich der Film: Über Ungarn abgehaun. DDR-Massenflucht 1989 in Zeitzeugeninterviews, Seelze 2009.

¹¹ ELKE KIMMEL: „... war ihm nicht zuzumuten, länger in der SBZ zu bleiben“. DDR-Flüchtlinge im Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2009.

¹² MAYER (wie Anm. 2), S. 16.

¹³ Ebenda, S. 462.

¹⁴ KAREL VODIČKA: Die Prager Botschaftsflüchtlinge 1989. Geschichte und Dokumente, Göttingen 2014.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ereignisse in den westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau kurz vor dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Beginn der Transformationsphase analysiert. Es wird aufgezeigt, wie die Kommunikation zwischen den Aufnahmeländern, den westdeutschen Botschaften und der DDR in Bezug auf die Flüchtlinge verlief. Das wiederum ermöglicht eine Analyse des Systems in den kommunistischen Ländern wenige Wochen vor der „Wende“. Wie viel Freiheit war bereits möglich? Welche Bündnisse waren den beteiligten Ländern in der Übergangsphase am wichtigsten?

Zur Beantwortung auch dieser Fragen wurden Unterlagen aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA) und des BStU ausgewertet. Die Überlieferungsbestände aus den beiden Archiven sind sehr unterschiedlich; aus diesem Grund musste die Herangehensweise, also die Methode der Aktenauswertung, unterschiedlich sein. Die Akten aus dem PA/AA enthalten Informationen über die Anzahl der DDR-Flüchtlinge, die in den westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau ankamen; ferner Botschaftsberichte über den Zustand der Flüchtlinge sowie Ergebnisprotokolle über die Gespräche von west- und ostdeutschen Politikern mit Politikern der Aufnahmeländer. Als sehr informativ haben sich die Fernschreiben aus Budapest, Prag und Warschau sowie Drahtberichte erwiesen. Es handelte sich dabei um kurze Mitteilungen, die im Telegrammstil über aktuelle Ereignisse berichteten. Diese wurden von Mitarbeitern der Botschaft verfasst, vom Abteilungsleiter unterzeichnet und meistens an das Auswärtige Amt oder aber an verschiedene andere Institutionen, wie z.B. das Deutsche Rote Kreuz, geschickt. Die BStU-Akten geben Einblicke in die Fluchtwege nach Westdeutschland – über Polen, Tschechien und Ungarn – sowie, in Stimmungsberichten, über die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die Flucht ihrer Mitbürger. Des Weiteren enthalten sie wichtige Informationen über die Gespräche zwischen Politikern Ostdeutschlands und Polens, Ungarns sowie der Tschechoslowakei. Da diese Unterlagen fast sämtlich von einer starken Propagandasprache geprägt sind, muss ihre Auswertung entsprechend vorsichtig erfolgen. Außerdem archivierte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) Briefe von Flüchtlingen, die aus der Bundesrepublik abgeschickt und auf dem Weg zu ihren Empfängern in der DDR beschlagnahmt worden waren. Darüber hinaus stehen Meldungen aus Presse, Radio und Fernsehen der Bundesrepublik zur Lage in den BRD-Botschaften zur Verfügung. Von den gedruckten Quelleneditionen hat sich das Werk *Deutsche Einheit* als die ergiebigste erwiesen.¹⁵

Aus dem Archiv des Warschauer Instituts für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN) wurden ebenfalls einschlägige Bestände ausgewertet. Leider fanden sich dabei keine Akten zu dem hier behandelten Thema.

¹⁵ HANNS JÜRGEN KÜSTERS, DANIEL HOFMANN (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. *Deutsche Einheit*. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.

Einige wenige Dokumente enthalten Informationen über illegale Grenzübertritte von DDR-Bürgern in den 1960er und frühen 1980er Jahren.¹⁶ Es sind jedoch keine Unterlagen zugänglich, die über den Aufenthalt von DDR-Bürgern in der westdeutschen Botschaft in Warschau im Sommer 1989 informieren. Erstaunlicherweise gibt es auch im Archiv des polnischen Außenministeriums (Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych, AMSZ) keine einschlägigen Bestände¹⁷; Gleiches gilt für das Archiv Neuer Akten (Archiwum Akt Nowych, AAN) in Warschau.¹⁸

In Prag wurden Bestände des Außenministeriums der Tschechischen Republik (Archiv Ministerstva zahraničních věcí ČR, AMZV ČR) ausgewertet. Sie beschränken sich auf die bilateralen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der BRD bzw. der DDR.¹⁹

Hinsichtlich der Archivbestände in Deutschland, Polen und Tschechien bleibt festzuhalten, dass es sich bei den DDR-Flüchtlingen im Jahr 1989 um ein Thema handelt, das gegenwärtig überwiegend nur auf der Grundlage der deutschen Überlieferung bearbeitet werden kann. Es ist natürlich nicht auszuschließen, dass sich diese Situation noch ändern wird.

2 Ungarn als erste Wahl

Just zu der Zeit, als viele DDR-Bürger nach dem Westen strebten, erlebte die Ungarische Volksrepublik (UVR) wichtige Veränderungen. Bis Ende 1988 wurden verschiedene Reformen umgesetzt, die auf einen vorsichtigen Systemwechsel hindeuteten.²⁰ Miklós Németh übernahm im November 1988 das Amt des Regierungschefs. Er versuchte den Reformprozess zu beschleunigen, obwohl er mit Widerständen in der eigenen Partei rechnen musste. Es wurden neue Reisepässe ausgegeben, mit denen man in alle Staaten der Welt

¹⁶ IPN, Biuro Udostępniania (IPN BU) [IPN, Nutzungsbüro], Sign. 01299/365, Sign. 1594/772, Sign. 1596/401.

¹⁷ Schreiben von Henryk Babula (AMSZ) an die Verfasserin vom 06.02.2013.

¹⁸ Schreiben von Dorota Gębicka (AAN) an die Verfasserin vom 08.03.2013. Es steht zu vermuten, dass die Protokolle jener Gespräche, die es zwischen dem polnischen und dem bundesdeutschen Außenministerium gegeben haben muss, noch unter Verschluss gehalten werden.

¹⁹ Teritoriální odbory tajne [Geheime territoriale Abteilung], in: AMZV ČR, Sign. 038, TO – T (1980-89); Westberlin, in: AMZV ČR, Sign. 0388, TO – T, Band 1 (1980-89); Bundesrepublik Deutschland, ebenda, Band 1-3 (1980-89); Deutsche Demokratische Republik, in: AMZV ČR, Sign. 0388, Band 1-8; Politische Berichte über Bonn, in: AMZV ČR, Sign. 0388 (1987, 1988). Die DDR-Flüchtlinge werden in den bisher zugänglichen Beständen nicht thematisiert. Ein noch nicht archivierter Bestand, der mir in Kopie vorlag, enthält einige Informationen über DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft: Sekretariat von Pavel Sádovský, 27.09.1989, in: AMZV ČR, Sign. 13163/1989.

²⁰ HEINO NYSSÖNEN: Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 47 (1999), S. 914-932, hier S. 922.

reisen konnte.²¹ Diese Maßnahme kann als Indiz für die Öffnung Ungarns in Richtung Westen noch vor dem politischen Umbruch gelten. 1989 wurde ferner ein Mehrparteiensystem eingeführt und ein ständiges Schlichtungsgremium gebildet, das „Dreiecksgespräche“ zwischen der Regierung und der Opposition moderierte.²²

Vor dem Hintergrund dieser Demokratisierung war Ungarn am ehesten bereit, die Flucht von DDR-Bürgern in den Westen zu dulden. Die Intensivierung der westdeutsch-ungarischen Beziehungen als Spätfolge der Ostpolitik der Bundesrepublik spielte bei dieser Haltung ebenfalls eine wichtige Rolle.



Abb.1: Das Botschaftsgebäude in Budapest, URL: http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AMalonyai_villa_Lajta_B%C3%A9la.jpg (22.11.2014)

Mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UVR und der BRD im Jahre 1973 wurde die bereits seit 1964 bestehende bundesdeutsche

²¹ GERHARD BESIER: *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006, S. 516.

²² FERENC GLATZ: *Reform und Systemwechsel in Ungarn 1989 bis 1993*, in: KARLHEINZ MACK (Hrsg.): *Revolutionen in Ostmitteleuropa 1789-1989*, München 1995, S. 159-173, hier S. 163.

Handelsvertretung zur Botschaft aufgewertet. Sie war bis 1990 in einem Gebäude im 14. Bezirk, in der Izsó utca 5, untergebracht, das dessen Bauherr Dezső Malonyay 1906/07 durch einen der namhaftesten zeitgenössischen Architekten, Béla Lajta, hatte entwerfen lassen. Das Gebäude wurde 1913 restauriert und erweitert.²³ Umgeben war das Botschaftsgebäude von einer ein Meter hohen Mauer.²⁴

Tabelle 1: Überblick über die Zahl der DDR-Flüchtlinge in der westdeutschen Botschaft in Budapest

Datum	Zahl der Flüchtlinge	Anmerkung
24. Mai 1989	7	
5. Juni 1989	15	
Ende Juni 1989	453	
Erste Julihälfte 1989	700	Botschaft mietet eine Sechs-Zimmer-Wohnung an.
4. August 1989	162	
7. August 1989	200	
Erste Augusthälfte 1989	149	Da die Aufnahmekapazität bei 200 Personen liegt, wird die Anmietung eines zusätzlichen Gebäudes oder die Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr erwogen.
14. August 1989	181	Vorläufige Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr
23. August 1989	130	
24. August 1989	0	Die Unterbringung der DDR-Flüchtlinge erfolgt in einem Ferienlager, in einem Zeltlager der Malteser bei einer katholischen Kirchengemeinde, in einer angemieteten Pension und in Privatquartieren.
13. September 1989	0	Die Botschaft ist wieder für den Publikumsverkehr geöffnet. Nur im Lager an der Malteserkirche befinden sich noch Flüchtlinge.

Vgl. PA/AA, B 85 338 E, B 85 2334 E; PA/AA Zwischenarchiv, 139.868 E, 139.869 E, 139.918 E, 139.939 E, 139.946 E, 13.947 E, 140.734 E; MAIER (wie in Anm. 1), S. 125.

Ungarn gehörte zu den beliebtesten Reisezielen von DDR-Bürgern. Davon wusste selbstverständlich auch das MfS, demzufolge 1988 über 800 000

²³ Vgl. ZSOLT BÓTA: 35 Jahre her – Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn, in: Botschaft von Ungarn, Berlin, URL: http://www.mfa.gov.hu/kulkepvisolet/DE/de/de_hirek/081218_35jahre.htm (07.08.2014).

²⁴ MAYER (wie Anm. 2), S. 377.

DDR-Bürger als Touristen, privat oder dienstlich nach Ungarn reisten; 1989 stiegen die Zahlen weiter an.²⁵

Zwar hatte es bereits 1988 Ausreisen in den Westen über Ungarn gegeben, der eigentliche Auslöser für den Flüchtlingsstrom war jedoch der Beginn des Abbaus von Grenzanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze am 2. Mai 1989, dem am 27. Juni die symbolische Durchtrennung des Stacheldrahts durch den ungarischen Außenminister Gyula Horn²⁶ und den österreichischen Außenminister Alois Mock²⁷ bei Klingenbach (Sopron) folgte. Obwohl es sich noch nicht um eine wirkliche Grenzöffnung handelte, weckte die Demontage auf Seiten ausreisewilliger DDR-Bürger doch große Hoffnungen. Im Laufe des Sommers flohen Hunderte von ihnen über Ungarn in den Westen.²⁸

Im Juni 1989 teilten Vertreter des ungarischen Innenministeriums ihren DDR-Kollegen mit, dass durch den Abbau von Grenzsicherungsanlagen auch die Zahl gelungener ungesetzlicher Grenzübertritte weiter ansteigen werde. Grund dafür sei vor allem die bundesdeutsche Berichterstattung.²⁹ Die DDR-Bürger erfuhren aus dem Westfernsehen, dass Ungarn den Grenzzaun nach Österreich abgebaut hatte.³⁰ Daraufhin nutzten Tausende Ostdeutsche ihren Ferienaufenthalt in Ungarn, um in den Westen auszureisen.³¹ *Die Welt* berichtete, dass die DDR-Flüchtlinge zunehmend zu einem Problem für die Regierungen in Budapest und Ost-Berlin sowie für die Botschaft der BRD in Budapest wurden.³² Anfang August 1989 hatten 149 Personen in der Botschaft Zuflucht gefunden. Es sei schwieriger geworden, so vermerkte das Botschaftspersonal, die Zuflucht Suchenden zur Rückkehr in die DDR zu bewegen. Die Flüchtlinge würden auf die UN-Flüchtlingskonvention und durchlässige

²⁵ Hinweis zu Problemen im Zusammenhang mit Maßnahmen der UVR zum Abbau von Grenzsicherungsanlagen, in: BStU, Ministerium für Staatssicherheit, Hauptabteilung IX (MfS HA IX), Sign. 17403; Hinweis zum Reiseverkehr von Bürgern der DDR nach der UVR, ebenda, Sign. 11385.

²⁶ GYULA HORN: Freiheit, die ich meine – Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 308-333. Siehe auch DERS. u.a.: Reden über Deutschland, Bd. 2, München 1991, S. 13-25.

²⁷ MARTIN EICHTINGER, HELMUT WOHNOUT: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte, Wien u.a. 2008, S. 192-196; ALOIS MOCK: Ein Leben für Österreich, Wien u.a. 1994.

²⁸ MICHAEL GEHLER: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 2, Innsbruck u.a. 2005, S. 588; RUDOLF SEITERS: Die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge aus Prag und Warschau, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 17 (2010), S. 239-246, hier S. 240; GERHARD LAUTER: Chefermittler. Der oberste Fahnder der K in der DDR berichtet, Berlin 2012, S. 135; MAIER (wie Anm. 1), S. 125.

²⁹ Bericht über eine Dienstreise in die UVR vom 12.-14.06.1989, Berlin, 15.06.1989, in: BStU, MfS HA IX, Sign. 11385.

³⁰ Ungarn: 30 Flüchtlinge in unserer Botschaft, in: Bild am Sonntag vom 16.07.1989.

³¹ Punktation, Übersiedlungswillige Deutsche aus der DDR in der VR Ungarn, Bonn, 07.07.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.946 E.

³² Die „DDR“-Flüchtlinge werden zum Problem, in: Die Welt vom 31.07.1989.

Grenzen setzen. Da die Zahl der Neuankommenden die der Abgänge bei Weitem übertraf, sorgte man sich um die Aufnahmekapazität der Botschaft, die bei etwa 200 Personen lag. Als mögliche Auswege überlegte man die Anmietung eines weiteren Gebäudes, die Nutzung auch der Residenz oder die Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr.³³ Schließlich entschied man sich für die restriktive Lösung und verhinderte mit der vorübergehenden Schließung weiteren Zulauf. Den nicht aufgenommenen Flüchtlingen versicherte die ungarische Seite, dass sie keine gewaltsame Abschiebung in die DDR zu befürchten hätten.³⁴

Am 9. und 10. August 1989 fanden Verhandlungen zwischen Vertretern des ungarischen Außen- sowie Innenministeriums und der DDR zu aktuellen Fragen des gegenseitigen Reiseverkehrs statt. Gerd Vehres³⁵, Botschafter der DDR in Budapest und mit Horn befreundet, erinnerte den ungarischen Regierungschef an das gültige bilaterale Visa-Abkommen von 1969, wonach flüchtige DDR-Bürger zurückgeschickt werden müssten.³⁶ Von diesem Zeitpunkt an erleichterten die ungarischen Behörden einerseits die direkte Ausreise geflüchteter DDR-Bürger in die Bundesrepublik, indem sie bei der Ausreise aus Ungarn auf das Abstempeln der Pässe verzichteten. Dadurch hätte sich der Fluchtversuch nicht mehr rekonstruieren lassen, falls es zu einer Rückkehr in die DDR gekommen wäre. Andererseits bekräftigte die ungarische Seite, dass alle Fragen auf Grundlage der bilateralen Abkommen – z.B. des Freundschaftsvertrags von 1977 – gelöst werden sollten. Allerdings müssten die eingetretenen Veränderungen im Grenzregime der UVR und der im März 1989³⁷ erfolgte Beitritt zur Genfer Flüchtlingskonvention Berücksichtigung finden.³⁸ Angesichts der brisanten Lage verwundert es nicht, dass es bald darauf innerhalb der ungarischen Regierung zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten kam, wie zu verfahren sei – ein Umstand, der die Ausreise der Flüchtlinge verzögerte.³⁹

³³ Vermerk über die Lage an der Botschaft Budapest, Bonn, 02.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 140.734 E. Am 04.08.1989 hielten sich bereits 162 DDR-Flüchtlinge in der Botschaft Budapest auf. Siehe: Vermerk, Bonn, 04.08.1989, ebenda, Sign. 139.946 E.

³⁴ Drahterlass: 13.08.1989, ebenda, Sign. 140.734 E; ebenda, Sign. 139.946 E.

³⁵ Vgl. GERD VEHRES: Als Botschafter in Budapest, in: SIEGFRIED BOCK, INGRID MUTH u.a. (Hrsg.): Die DDR-Außenpolitik, ein Überblick. Daten, Fakten, Personen, Bd. 3, Berlin 2010, S. 56-59.

³⁶ HORN (wie Anm. 26), S. 310 f.

³⁷ Der Beitritt trat am 12.06.1989 in Kraft.

³⁸ Bericht über Gespräche zwischen Vertretern des ungarischen Außen- und Innenministeriums und Vertretern der DDR am 09. und 10.08.1989, in: BStU, MfS HA IX, Sign. 11385.

³⁹ Der Spiegel vom 11.09.1989.

Auch die Bonner Diplomaten erörterten mit den ungarischen Behörden die eingetretene Situation.⁴⁰ Dabei appellierte die Bundesregierung an die ungarische Seite, alles zu tun, um den betroffenen Menschen zu helfen und so die Verpflichtungen der Flüchtlingskonvention einzuhalten.⁴¹ Jürgen Sudhoff, Staatssekretär im Bundesaußenministerium, verhandelte intensiv in Bonn und Budapest.⁴² Die Vertreter des ungarischen Außen- und Innenministeriums versicherten, dass den DDR-Bürgern nach wie vor die Weiterreise in Drittstaaten, inklusive der Bundesrepublik, möglich sei, wenn deren Reisedokumente dies zuließen. Allerdings betonten sie auch, dass die UVR „kein Ausfuhrkanal für osteuropäische Flüchtlinge“ sein wolle.⁴³ Ungarn konnte die Lesart Bonns, wonach grundsätzlich alle Deutschen als Staatsbürger der Bundesrepublik zu betrachten seien, nicht akzeptieren, denn eine solche Lösung des Problems hätte zu massiven diplomatischen Konflikten mit der DDR geführt. Zu derselben Zeit berichteten die DDR-Nachrichtendienste von der „unhaltbaren Lage“ an der ungarisch-österreichischen Grenze; die Grenzschutzorgane könnten nach dem Abbau des elektrischen Signalzauns nicht einmal mehr die Zahl der Grenzübertritte nach Österreich registrieren.⁴⁴

Am 19. August 1989 kam es zu dem symbolträchtigen Durchbruch des „Eisernen Vorhangs“. Im Rahmen eines paneuropäischen Picknicks bei Sopron, in der Nähe der Grenze zu Österreich, gelang etwa 600 DDR-Bürgern die Flucht in den Westen. Damit wurde die Tatsache, dass der Stacheldraht beseitigt worden war, allgemein bekannt.⁴⁵ Nach Angaben der beiden konservativen Veranstalter – der föderalistischen, ein friedliches Europa anstrebenden Paneuropa-Bewegung Österreich und der Partei Ungarisches De-

⁴⁰ ADN-Information: Hoffnung UF Ende der Stempelpraxis – Budapest-Botschaft bleibt offen, 09.08.1989, in: BStU, MfS, Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG), Sign. 18945, Band 6.

⁴¹ Drahterlass: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 02.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.946 E.

⁴² HORN (wie Anm. 26), S. 311 ff.

⁴³ Information über das vereinbarte Arbeitsgespräch mit dem Stellvertreter des Ministers des Innern der UVR, Genossen Generalmajor Palagi, Berlin, 10.08.1989, in: BStU, MfS HA IX, Sign. 17163.

⁴⁴ ADN-Information, 18.08.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943.

⁴⁵ JÁNOS SALLAI: The Pan-European Picnic on the Hungarian-Austrian Border. From Break up of the Iron Curtain to Releasing People of GDR (1989), in: Central European Political Science Review 55 (2014), S. 60-85; hier S. 69-74; JÁNOS SALLAI: Egy idejét múlt korszak lenyomata. A vasfüggöny története [Auf den Spuren einer vergangenen Epoche. Die Geschichte des Eisernen Vorhangs], Budapest 2012, S. 312-324; ANDRÁS OPLATKA: The Pan-European Picnic – Well-known Facts and Blind Spots, in: GYÖRGY GYARMATI (Hrsg.): Prelude to Demolishing the Iron Curtain. Pan-European Picnic, Sopron, 19 August 1989, Sopron – Budapest 2012, S. 65-72; LÁSZLÓ NAGY: Das Paneuropäische Picknick und die Grenzöffnung am 11. September 1989, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 1943-1989; ISTVÁN HORVÁTH: Die Sonne ging in Ungarn auf: Erinnerungen an eine besondere Freundschaft, München 2000, S. 317 f.; Referat 513: Betreuung von Flüchtlingen aus der DDR, in: PA/AA, Sign. B 85, 1993 E.

mokratisches Forum – diente das Picknick dazu, sich für die Abschaffung der Grenzen und die Vereinigung ganz Europas unter nichtsozialistischen Vorzeichen einzusetzen. Ermutigt durch dieses über die Medien einer breiten Öffentlichkeit bekannt gewordene Ereignis, überwand in den darauffolgenden Tagen massenhaft DDR-Bürger illegal die Grenze.⁴⁶ Vom 1. bis 23. August wurden 1070 solcher Fälle registriert.⁴⁷ Eine Bonner Tageszeitung berichtete, die Regierungen in Bonn und Wien hätten die bevorstehende Massenflucht aus der DDR über Ungarn nach der Grenzöffnung erwartet.⁴⁸ Allerdings erfüllte sich nicht die Erwartung der Bundesrepublik, nach dem denkwürdigen Durchbruch des „Eisernen Vorhangs“ in Sopron werde es zu ganz legalen Ausreisen von DDR-Bürgern über Ungarn in den Westen kommen.⁴⁹

Im August 1989 befanden sich in der westdeutschen Botschaft in Budapest so viele DDR-Flüchtlinge, dass zusätzliche Unterbringungsplätze bereitgestellt werden mussten. Um der Situation einigermaßen Herr zu werden, mietete die Botschaft Pionierlager, Pensionen, Ferienlager, Zeltplätze und Pfarreien an.⁵⁰ Den ganzen September hindurch riss der Zustrom von DDR-Flüchtlingen nicht mehr ab.⁵¹ Täglich überquerten 400-500 Personen die weiterhin offene ungarisch-österreichische Grenze, um in der BRD ein neues Leben zu beginnen.⁵² Das ungarische und das österreichische Rote Kreuz leisteten humanitäre Hilfe.⁵³ Trotz erheblicher Unterstützung durch zahlreiche westdeutsche Organisationen beklagten sich einige DDR-Flüchtlinge in der Budapester Botschaft über die schlechten Zustände, die Isolation und den ih-

⁴⁶ ADN-Information, 22.08.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943.

⁴⁷ ADN-Information, 23.08.1989, ebenda; Information des Pressereferats des Auswärtigen Amtes 175/89, 22.08.1989; Drahterlass: Tod eines Deutschen aus der DDR, 22.08.1989, in: PA/AA Zwischenarchiv, Sign. 139.947 E.

⁴⁸ Bonner Rundschau vom 21.08.1989.

⁴⁹ Vgl. ADN-Information, 01.09.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943.

⁵⁰ Lagebericht zum Sonntag, Budapest, 28.08.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.340 E; HORN (wie Anm. 26), S. 308; HORVÁTH (wie Anm. 45), S. 318.

⁵¹ Aktuelle Medienmeldungen, ZDF-Sendung, 28.09.1989, 19.00 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253.

⁵² Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.917 E; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bonn, 26.09.1989, ebenda, Sign. 139.918 E; Aktuelle Medienmeldungen, ZDF-Sendung, 28.09.1989, 19.00 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253.

⁵³ Versorgung der Deutschen aus der DDR in den Botschaften Prag, Warschau und in Ungarn, Bonn, 05.09.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2341 E; Kabinettsitzung am 04.09.1989 zur Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, in: PA/AA, Referat 513; Versorgung der Deutschen aus der DDR in den Botschaften Prag, Warschau und in Ungarn, Bonn, 05.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.947 E.

rer Meinung nach fehlenden Rückhalt aus Bonn.⁵⁴ Offenbar überschätzten sie bei weitem die Möglichkeiten bundesrepublikanischer Außenpolitik.

Aus der immer noch unsicheren Lage an der österreichisch-ungarischen Grenze erklärt sich auch, warum die meisten Flüchtlinge den als weniger risikobehaftet geltenden Umweg über die westdeutsche Botschaft wählten. Waren sie erst einmal auf dem Botschaftsgelände, konnten sie auf die organisatorische Hilfe der Bundesrepublik zählen und mussten nicht mehr befürchten, abgeschoben zu werden. Diese Strategie wurde erst am 11. September 1989 hinfällig, als die Grenze komplett geöffnet wurde. Bis dahin war sie nur zeitweise für jeweils 24 Stunden offen und wurde danach immer wieder für einen unbekanntem Zeitraum geschlossen – für die Flüchtlinge eine nervenaufreibende Situation.⁵⁵

Ungarn sorgte sich wegen möglicher Reaktionen aus Moskau⁵⁶, Prag und Ost-Berlin. Aus diesem Grund wollte Budapest – im Einverständnis mit seinen sozialistischen Partnerländern – die bestehenden Verträge so modifizieren, dass sie mit der UNO-Konvention übereinstimmen.⁵⁷ In der Tat war die DDR bestürzt über das laxer Vorgehen der ungarischen Grenzbeamten. Mitarbeiter des MfS beobachteten kontinuierlich die Ereignisse an der österreichisch-ungarischen Grenze und schickten alarmierende Nachrichten an die Zentrale. So registrierte man für das Jahr 1989 eine erhebliche Zunahme der Grenzübertritte. Hatte es im ersten Halbjahr 1988 165 illegale Grenzübertritte (davon 22 vollendete) gegeben, waren es im ersten Halbjahr 1989 640 (davon 161 vollendete). Die Flüchtlinge werden in den Berichten als „Täter“ und die Grenzübertritte als „Straftaten“ bezeichnet. Die ungarischen Pläne, Grenzsicherungsanlagen abzubauen, hatte man zunächst für blanke Spekulationen gehalten.⁵⁸ Für die DDR-Führung stand fest, dass man Grenzöffnungen auf gar keinen Fall akzeptieren werde.⁵⁹

Insgesamt ist den überlieferten Unterlagen zu entnehmen, dass sich Ungarn, ähnlich wie Polen, in einer schwierigen Lage befand. Einerseits sprachen sich sowohl Ministerpräsident Németh als auch Außenminister Horn für eine Öffnung gegenüber dem Westen aus, andererseits wollten sie aber auch nicht, dass sich die Beziehungen zu dem sozialistischen Partnerland DDR

⁵⁴ ULRICH SCHACHT: Die Flüchtlinge in der Budapester Botschaft sind verbittert über Bonn, in: Welt am Sonntag vom 13.08.1989, S. 5.

⁵⁵ Vgl. STEFAN LOCKE: Es war ein heißer Sommer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 16.08.2014, S. 3.

⁵⁶ EDUARD SCHEWARDNADSE: Als der Eiserne Vorhang fiel. Begegnungen und Erinnerungen, Duisburg 2007, S. 137 ff.

⁵⁷ ADN-Information, 17.08.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943.

⁵⁸ Hinweis zur Entwicklung des ungesetzlichen Verlassens der DDR über die UVR, ebenda, Sign. 15914.

⁵⁹ Bericht über die Gespräche im Außenministerium der Ungarischen Volksrepublik am 9. und 10. August 1989, Berlin, 14.08.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. ZR 469/09 E.

verschlechterten.⁶⁰ Um diesen Druck etwas abzumildern, machte der ungarische Innenminister István Horváth⁶¹ (*1935) eine Verständigung zwischen Bonn und Ost-Berlin zur Voraussetzung für die Ausreisegenehmigung von DDR-Flüchtlingen aus seinem Land. Laut einem MfS-Bericht erklärte er: „Zunächst muss die Bundesrepublik mit der DDR verhandeln und eine Einigung finden. Das ist nicht die Aufgabe Ungarns. Nicht wir sollen die DDR überreden, einer Lösung zuzustimmen, sondern die Bundesrepublik sollte das tun. [...] Wir haben eine Vereinbarung mit der DDR. Für uns hat die DDR die Souveränität über ihre eigenen Staatsbürger.“⁶² Auch Außenminister Horn betonte während seines Besuchs in Bonn Ende August 1989, zwischen der BRD und der DDR müsse hinsichtlich der Flüchtlinge eine Lösung gefunden werden und Ungarn sei bereit, dabei zu helfen.⁶³

Auf Außenminister-Ebene fanden zwischen der DDR und der UVP mehrere Gespräche darüber statt, wie dieses Problem gelöst werden könne. Ende August 1989 reiste Horn nach Ost-Berlin, um hierzu ein letztes Mal mit DDR-Außenminister Oskar Fischer nach einer Lösung zu suchen.⁶⁴ Im Laufe des Gesprächs am 31. August⁶⁵ offenbarten sich grundlegende Meinungsverschiedenheiten; es schien so, als stießen zwei unterschiedliche Weltanschauungen aufeinander: einerseits die sture Machtpolitik der DDR und andererseits das sich allmählich demokratischen Prinzipien öffnende Ungarn. Horns Frage, ob die DDR bereit sei, über die Ausreiseanträge ihrer Bürger positiv zu entscheiden, wies Fischer kategorisch zurück. Horn nannte seinem Kollegen die Zahlen: Mehr als 15 000 DDR-Bürger befänden sich auf ungarischem Territorium – allein in Budapest ca. 2000 und im ungarisch-österreichischen Grenzgebiet ca. 1000. Rund 10 000 davon, so rechnete Horn vor, wollten nicht in die DDR zurückkehren.

Für Ungarn standen humanitäre Gesichtspunkte im Mittelpunkt; kein DDR-Bürger dürfe gewaltsam in die DDR zurückgeschickt werden. Auch eine Ausweisung in die Tschechoslowakei kam für Ungarn nicht in Frage, weil es viele Beispiele dafür gab, dass die DDR-Bürger von dort zurück in die UVR geschickt wurden. Horn schlug vor, die Grenze zwischen der UVR und

⁶⁰ Lage der Deutschen aus der DDR in Ungarn und in der Tschechoslowakei, 21.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.947 E. Kohl stellte – auch aus innenpolitischen Gründen – dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh Milliardenhilfen aus der Bundesrepublik in Aussicht, wenn er das Datum für die Öffnung der Grenzen nach vorn verlegte. Siehe HERIBERT SCHWAN, TILMAN JENS: Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014, S. 66 ff.

⁶¹ HORVÁTH (wie Anm. 45), S. 311-335.

⁶² ADN-Information, 24.08.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943.

⁶³ BPA-Nachrichtenabt., ZDF, 26.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.947 E.

⁶⁴ Vgl. MAIER (wie Anm. 1), S. 126; HORVÁTH (wie Anm. 45), S. 326 f

⁶⁵ Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Oskar Fischer, mit dem Außenminister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31.08.1989, in: PA/AA, MfAA ZR, Sign. 467/09.

Österreich für all jene DDR-Bürger offen zu halten, die Österreich aufnehmen wolle. Fischer ging jedoch nicht auf diese Lösungsvorschläge ein. Er betonte, durch Ultimaten werde den Beziehungen kein guter Dienst erwiesen, und warf der ungarischen Regierung vor, durch ihre Vorschläge den „Grundstein für neue Probleme“⁶⁶ mit der Bundesrepublik zu legen. Horn bestritt, dass es sich bei seinen Vorschlägen um Ultimaten handele. Sein Land sehe in dem wachsenden Reiseverkehr mit der DDR eine positive Entwicklung. Auf Fischers Frage, ob Ungarn beabsichtige, seine Grenzen zu schließen, erwiderte Horn, nur die DDR könne einen solchen Schritt tun, den er jedoch nicht empfehlen könne. Fischer betonte, die DDR wolle nicht, dass Ungarn zu einer „ständigen ungesetzlichen Schleuse in die BRD“⁶⁷ werde. In diesem Gespräch wurde also keine Lösung gefunden.

Ein weiteres Gespräch, an dem auch Fischer teilnahm, führte der ungarische Außenminister an demselben Tag mit Günter Mittag, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED. Horn unterstrich erneut, dass für Ungarn inhumane Lösungen nicht infrage kämen. In diesem Sinne versuchte er die Mitglieder der DDR-Regierung dazu zu bewegen, die Ausreisearträge der betroffenen DDR-Bürger anzuerkennen. Falls dies nicht geschehe, beabsichtige Ungarn, das Protokoll zur Vereinbarung über den Reiseverkehr vom Juni 1969 auszusetzen und das Visum von Drittländern in den Reisedokumenten zu akzeptieren. Das bedeute, dass Ungarn alle DDR-Bürger nach Österreich ausreisen lasse, die ein österreichisches Einreisevisum in ihrem Reisedokument nachweisen könnten. Da die DDR alle Lösungsvorschläge abgelehnt habe, sehe sich Ungarn zu diesem Schritt gezwungen. Die ungarische Regierung wird sich bewusst gewesen sein, dass sie sich auf glattem Parkett bewegte, denn die DDR gehörte, neben der Sowjetunion und der BRD, zu den wichtigsten Handelspartnern Ungarns.⁶⁸

Im Laufe der weiteren Verhandlungen zeigte sich Ungarn gegenüber der DDR unnachgiebig und genehmigte in der ersten Septemberhälfte die Ausreise nicht rückkehrwilliger DDR-Bürger in Drittstaaten. Für jene, die sich zur freiwilligen Heimkehr in die DDR entschlossen, platzierte Ost-Berlin, mit Genehmigung der ungarischen Behörden, vor einem der beiden Flüchtlings-Zeltlager im Budapester Stadtteil Zugliget einen Campingwagen, in dem der Erste Sekretär der Budapester DDR-Botschaft, Dieter Graumann, residierte.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik Gyula Horn, am 31. August 1989, in: PA/AA, MFAA ZR, Sign. 467/09; Dok. Nr. 34: Fernschreiben des Staatssekretärs Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes, Berlin (Ost), 1.9.1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 391.

Doch dieses DDR-Büro auf Rädern wurde nicht von den Flüchtlingen, sondern von westlichen Journalisten frequentiert.⁶⁹

Im Zusammenhang mit der ungarischen Entscheidung, die Flüchtlinge ausreisen zu lassen, wurden die Artikel 6 und 8 des Abkommens mit der DDR über den visafreien Reiseverkehr vom 20. Juni 1969 außer Kraft gesetzt. Bürgern der DDR konnte nun die Ausreise in Drittstaaten wie Österreich gestattet werden.⁷⁰ Der Vorsitzende der Ungarischen Sozialistischen Partei, Imre Nyers, bat Erich Honecker, den Staats- und Parteichef der DDR, um Verständnis für die schwierige Lage, in der sich die ungarische Regierung befinde.⁷¹ Am 10. September 1989 begann Ungarn mit der Ausschleusung von DDR-Bürgern, die sich bis dahin in lagerähnlichen Unterkünften und an anderen Orten der UVR aufgehalten hatten.⁷² Tags darauf wurde die österreichisch-ungarische Grenze endgültig geöffnet, nicht mehr nur, wie bis dahin, tageweise.⁷³ Zu diesem Zeitpunkt war den ungarischen Reformkommunisten bereits klar, dass die Sowjetunion kein Interesse mehr an ihren Partnerländern hatte. Der einzige Ausweg bestand also in einer umfassenden Öffnung, gerade auch ihrer Grenzen, hin zum Westen. Diese Entscheidung Ungarns war eine schlechte Neuigkeit für die DDR-Regierung. Diese schien aber nicht mehr dazu imstande, etwas gegen die aus ihrer Sicht gefährliche Lücke in der Grenze zu unternehmen.⁷⁴

Mehr als 13 000 Personen begaben sich umgehend in den Westen.⁷⁵ Die Bundesregierung honorierte diesen „souveränen Akt der Humanität und europäischer Solidarität“⁷⁶ mit öffentlicher Anerkennung. Die DDR verurteilte da-

⁶⁹ Der Spiegel vom 11.09.1989.

⁷⁰ Telefax aus Budapest, zugestellt am 11.09.1989, in: BStU, MfS, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Sign. 14395; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948 E; Zum Weggang von DDR-Bürgern in die BR Deutschland, 13.09.1989, ebenda, Sign. 139.917 E.

⁷¹ NORBERT F. PÖTZL: Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart 2003, S. 303.

⁷² Information über die Massenaktion zur Ausschleusung von Bürgern der DDR aus der UVR, Berlin, 11.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38060; HORVÁTH (wie Anm. 45), S. 330 ff.

⁷³ Vgl. SALLAI, The Pan-European Picnic (wie Anm. 45), S. 77 f.

⁷⁴ Vgl. MART LAAR: The Power of Freedom. Central and Eastern Europe after 1945, Brussels 2010, S. 132 f.; LÁSZLÓ BORHI: The International Context of Hungarian Transition, 1989. The View from Budapest, in: KEVIN MCDERMOTT, MATTHEW STIBBE (Hrsg): The 1989 Revolutions in Central and Eastern Europe. From Communism to Pluralism, Manchester u.a. 2013, S. 113-135, hier S. 115.

⁷⁵ ADN-Information, 14.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38060; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948 E; Zum Weggang von DDR-Bürgern in die BR Deutschland, 13.09.1989, ebenda, Sign. 139.917 E.

⁷⁶ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948, 139.917 E. Siehe auch: Ungarn läßt die DDR-Flüchtlinge ausreisen, in: FAZ vom 11.09.1989, S. 1; Tausende

gegen diese Maßnahme nachdrücklich und beschuldigte sowohl Ungarn als auch die BRD, den Status quo zu verletzen.⁷⁷ Insbesondere die ungarische Entscheidung wurde als „eine eindeutige Verletzung völkerrechtlicher Verträge und als eine Verletzung grundlegender Interessen der DDR“⁷⁸ kritisiert. Ost-Berlin forderte eine sofortige Rücknahme der ungarischen Entscheidung, einzelne Bestandteile des Abkommens über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr mit der DDR einseitig außer Kraft zu setzen.⁷⁹ Horn wies Kritik und Forderungen der DDR als „unannehmbar und unverständlich“⁸⁰ zurück.

Andererseits hatte Ungarn auch nicht die Absicht, seine bis dahin guten Beziehungen zur DDR aufs Spiel zu setzen. Mit der teilweisen Aussetzung des Abkommens von 1969 war Budapest innerhalb des osteuropäischen Bündnisses ohnehin schon in eine defensive Position geraten. Nicht nur die DDR, sondern auch die Tschechoslowakei und die UdSSR kritisierten die ungarische Vorgehensweise. Die Bundesrepublik sah sich verpflichtet, Ungarn besonders zu unterstützen. Zugesagt wurden „wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung bei politischen Reformen“.⁸¹ Genauer ist nicht überliefert.

Mitte September 1989 erklärte der ungarische Botschafter in der BRD, István Horváth (*1943), nicht zu verwechseln mit dem Innenminister gleichen Namens, er rechne nicht damit, dass seine Regierung die Grenze wieder schließen werde.⁸² Diese Einschätzung bestätigte Horn zwei Wochen später. Ende September äußerte er gegenüber Fischer, Ungarn könne solange die Grenze nicht schließen, wie es ausreisewillige DDR-Bürger in Ungarn gebe. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass Ungarn alles tun wolle, um die Beziehungen mit der DDR positiv zu entwickeln. Allerdings gab er seiner Enttäuschung über die „völlig unbegründeten Anspielungen und [die] beleidigende

Deutsche aus der DDR strömen in die Freiheit, in: FAZ vom 12.09.1989, S. 1; Mitteilung für die Presse Nr. 1131/89, Interview des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher mit dem Deutschlandfunk am 11.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948 E; Information des Pressereferats des Auswärtigen Amtes 195/89, 10.09.1989, ebenda, Sign. 139.947 E.

⁷⁷ ADN-Information, 12.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948 E.

⁷⁸ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, ebenda.

⁷⁹ Zum Weggang von DDR-Bürgern in die BR Deutschland, 13.09.1989, ebenda, Sign. 139.917 E.

⁸⁰ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, ebenda, Sign. 139.948 E.

⁸¹ Ebenda; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bonn, 19.09.1989, ebenda.

⁸² Aktuelle Medienmeldungen, ARD/ZDF-Sendung, 13.09.1989, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, Bonn, 13.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.948 E; Dok. Nr. 41: Gespräch des Bundesministers Seiters mit Botschafter Horváth, Bonn, 19. September 1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 405-407, hier S. 405.

Wortwahl“ der DDR-Nachrichtenagentur ADN Ausdruck; Ungarn habe keinen Anlass für eine derart „beleidigende Rhetorik“ geboten. Daraufhin erwiderte Fischer, dass DDR-Bürger, die sich am Flughafen in Budapest für den Rückflug in ihre Heimat abfertigen lassen wollten, von uniformierten Mitarbeitern der ungarischen Fluggesellschaft Malev aufgefordert würden, den Schalter für die Abfertigung nach Wien zu benutzen.⁸³ Direkt nach dem Treffen mit Fischer sprach Horn in New York mit dem bundesdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Er berichtete über „dramatische Szenen an der Donau, wo Flüchtlinge versuchten, über die tschechoslowakisch-ungarische Grenze zu gelangen“.⁸⁴ Die ungarischen Behörden unterstützten die Flüchtlinge finanziell und mit Reisepapieren. Interessant war Horns Beurteilung der inneren Lage der DDR. Seiner Meinung nach habe Fischer die marode Situation der DDR noch immer nicht begriffen und meine, sein Land befinde sich in einem hervorragenden Zustand.⁸⁵

Im Laufe des Oktobers 1989 reisten über die nunmehr offene ungarisch-österreichische Grenze täglich mehrere hundert Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik ein.⁸⁶ Im November 1989 konnte die DDR schließlich dem gewaltigen Druck der Ausreisewelle über Ungarn, Tschechoslowakei und Polen nicht mehr standhalten, als in vielen Städten Massendemonstrationen gegen das SED-Regime stattfanden – am 4. November mit über einer halben Million Teilnehmern allein auf dem Berliner Alexanderplatz. Als schließlich am 9. November die Berliner Mauer fiel, der innere Zerfall des Regimes also absehbar war, wurden die in den westdeutschen Botschaften befindlichen Lager für Deutsche aus der DDR endlich aufgelöst. In Ausnahmefällen sollten DDR-Flüchtlinge in Pensionen untergebracht werden, diese nahmen nun jedoch ihre Weiterreise in die Bundesrepublik selbst in die Hand. Die Botschaft sollte sich fortan auf die übliche konsularische Unterstützung beschränken.⁸⁷

⁸³ Bericht von Herbert Krolkowski (28.09.1989) über die Begegnung zwischen Außenminister Oskar Fischer und Außenminister Gyula Horn am 27.09.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 14395.

⁸⁴ Vermerk über das Gespräch BM mit dem ungarischen Außenminister Horn am 27.09.89, New York, 27.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.939 E.

⁸⁵ Vgl. ebenda.

⁸⁶ Vermerk: Ausreisewillige Deutsche aus der DDR in den Botschaften Warschau, Prag und Sofia sowie in Ungarn, Bonn, 12.10.1989, ebenda, Sign. 139.918 E.

⁸⁷ Drahterlass: Unterbringung von Deutschen aus der DDR in UNG, 10.11.1989, ebenda, Sign. 139.948 E.

3 Unsicherheit in der Tschechoslowakei

Die tschechoslowakische Regierung und die Prager Botschaft reagierten auf die Fluchtbewegung aus der DDR vorsichtiger als Ungarn.⁸⁸ Ähnlich wie in Ungarn traf auch in der Tschechoslowakei diese Entwicklung mit erheblichen innenpolitischen Veränderungen und wachsendem Unmut auf Seiten der Bevölkerung zusammen. Anfang April 1988 kündigte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Mikloš Jakeš, eine Aufgabentrennung von Partei und Staat sowie größere Religionsfreiheit an. Demonstrationsversuche aus Anlass des zwanzigsten Jahrestages des „Prager Frühlings“ wurden jedoch von den Sicherheitskräften vereitelt.⁸⁹



Abb. 2: Das Botschaftsgebäude in Prag, URL: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:German_embassy_back.jpeg#mediaviewer/Datei:German_embassy_back.jpeg (14.06.2014)

Die deutsche Botschaft in Prag ist ein prächtiges Gebäude. Es befindet sich auf der Prager Kleinseite im Palais Lobkowitz, einem Barockpalais, das Anfang des 18. Jahrhunderts am Fuße des Petri-Hügels erbaut wurde und seit 1753 im Besitz der böhmischen Adelsfamilie Lobkowitz war. Ludwig van

⁸⁸ Vgl. OLDŘICH TŮMA: Die Botschaftsgeschichte, in: HARALD SALFELLNER, WERNER WENNDT (Hrsg.): Das Palais Lobkowitz. Ein Ort deutscher Geschichte in Prag, Praha 1999, S. 35-39.

⁸⁹ Vgl. BESIER (wie Anm. 21), S. 540 f.

Beethoven und Carl Maria von Weber gaben im Kuppelsaal des Palais' Konzerte. Seit 1973 ist das Palais Sitz der bundesrepublikanischen Botschaft.⁹⁰

Tabelle 2: Überblick über die Zahl der DDR-Flüchtlinge in der westdeutschen Botschaft in Prag

Datum	Zahl der Flüchtlinge	Anmerkung
Januar-Dezember 1988	2251	
10. Januar 1989	3	
Ende Januar 1989	183	
Ende Februar 1989	271	
Ende März 1989	142	
Anfang April 1989	12	
Zweite Julihälfte 1989	60	Aufnahmekapazität der Botschaft beträgt bis zu 120 Personen.
4. August 1989	34	
23. August 1989	153	
28. August 1989	214	Im Garten der Botschaft werden 10 Zelte des Deutschen Roten Kreuzes aufgebaut.
29. August 1989	220	Vorübergehende Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr
30. August 1989	227	Immer mehr DDR-Flüchtlinge klettern über den Zaun auf das Botschaftsgelände. Im Garten werden weitere Zelte aufgestellt.
1.-4. September 1989	350	Aufnahmekapazität der Botschaft beträgt bis zu 430 Personen. Zelte mit 120 Feldbetten werden aufgestellt. Die Botschaft ist nicht mehr arbeitsfähig.
5. September 1989	347	Sechs beheizbare Zelte werden aufgestellt.
12. September 1989	492	Die Zahl der in die Botschaft geflüchteten Personen erreicht ihren bisherigen Höchststand.
13. September 1989	177	315 DDR-Bürger verlassen die Botschaft und kehren in die DDR zurück.
15. September 1989	170	
19. September 1989	510	
20. September 1989	460	
24. September 1989	865	Die Stimmungslage wird immer schlechter.

⁹⁰ Vgl. Tschechien online, URL: http://www.tschechien-online.org/modules.php?name=Web_Links&req=description&lid=28&cid=15 (07.08.2014). Siehe auch VODIČKA (wie Anm. 14), S. 34 f.

25. September 1989	933	Unter den Zuflucht Suchenden befinden sich mehr als 200 Minderjährige.
26. September 1989	1079	
28. September 1989	2500	Zahlreiche Flüchtlinge hausen im Garten der Vertretung. Auch das Botschaftspersonal ist physisch und mental erschöpft. Die Kirchen wollen keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
29. September 1989	3500	Die Aufnahmekapazitäten sind restlos erschöpft. Schlechte gesundheitliche Lage der DDR-Flüchtlinge
30. September 1989		Die Ausreise aller DDR-Bürger auf dem Gelände der Prager Botschaft in die BRD wird genehmigt.
1. Oktober 1989	1000	
3. Oktober 1989	4500	Nach dem diplomatischen Durchbruch steigt die Zahl der Flüchtlinge in der Botschaft enorm an. Aufnahmekapazitäten inklusive der Zelte sind um 1500 Personen überschritten. 600 Menschen werden im Heizungskeller untergebracht. 2000 Flüchtlinge warten vor der Botschaft auf Einlass.
5. Oktober 1989	200	Ausreise der Flüchtlinge als Folge des diplomatischen Durchbruchs
8. Oktober 1989	26	
12. Oktober 1989	56	
17. Oktober 1989	73	
23. Oktober 1989	150	
1. November 1989	383	
2. November 1989	1400	Zunahme der Flüchtlingszahl wegen der Wiedereinführung des visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR und der Tschechoslowakei.
3. November 1989	4000	Neue Zelte und Feldküchen werden aufgebaut. Der Gesundheitszustand der Flüchtlinge ist aufgrund katastrophaler hygienischer Verhältnisse sehr schlecht.
6. November 1989	20	Alle Flüchtlinge, die sich in der Botschaft befinden, dürfen seit dem 4. November in die Bundesrepublik ausreisen.
8. November 1989	40	
9. November 1989	35	Die verbliebenen Personen haben keine Personalpapiere.

Vgl. PA/AA, B 85, 2335 E, 2340 E; AV Neues Amt 20.682 E; Zwischenarchiv, 2341 E, 139.868 E, 139.869 E, 139.918 E, 139.946 E, 139.947 E, 140.734 E, B 85 1993 E, B 85 2334 E; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 69, 75, 86 f., 93, 128, 133, 155, 172, 189, 191, 203, 211, 256 f., 379, 414-418.

Seit 1961 hatten immer wieder zahlreiche DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht gesucht.⁹¹ 1988 setzte dann eine neue Ausreisewelle ein, die bis zum Zusammenbruch des Ostblocks andauern sollte.⁹² Den Höhepunkt erreichte diese Migrationsbewegung im Sommer und Herbst 1989. Ähnlich wie in Ungarn kam es auch in der bundesrepublikanischen Botschaft Prags zu einer völligen Überbelegung. Vielfach flohen die DDR-Bürger in die Prager Botschaft, nachdem sie vergeblich die Flucht über die UVR versucht hatten und nach der Festnahme durch die ungarischen Behörden in die ČSSR ausgewiesen worden waren.⁹³

Schon in der zweiten Augushälfte begann die Lage in der Prager Botschaft kritisch zu werden. Dies hing mit der Schließung der Budapester Botschaft für den Publikumsverkehr zusammen.⁹⁴ Die Aufnahmekapazitäten waren erschöpft, sodass Zelte aufgestellt werden mussten; die vorhandenen Duschen reichten kaum aus. Schlafsäcke, Hygieneartikel, warme Kleidung und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs wurden herbeigeschafft.⁹⁵ Ende August 1989 befanden sich über 220 Personen, davon 71 Kinder, im Gebäude der Prager Botschaft. Um den Andrang zu bewältigen, baute das Deutsche Rote Kreuz im Garten zehn Zelte auf.⁹⁶ Ende August musste schließlich auch die Prager Botschaft wegen Überfüllung für den Publikumsverkehr geschlossen werden.⁹⁷

Doch auch davon ließen sich die Flüchtlinge nicht abschrecken: Ungeachtet der Schließung stieg die Zahl der DDR-Bürger, die auf das Botschaftsgelände flüchteten, von Woche zu Woche an. Am 4. September registrierte die Botschaft 350⁹⁸, am 19. September 510⁹⁹ und am 26. September 1079¹⁰⁰

⁹¹ Vgl. OLDŘIČH TŮMA: 9:00, Praha-Libeň, horní nádraží. Exodus východních Němců přes Prahu v září 1989 [9:00, Prag-Liben, Hauptbahnhof. Flucht der Ostdeutschen über Prag im September 1989], in: Soudobé dějiny 6 (1999), 2-3, S. 147-164, hier S. 147.

⁹² Im Jahr 1988 wurden 2251 Deutsche aus der DDR in der Botschaft der BRD in Prag registriert. Siehe: Nur für den Dienstgebrauch, Prag, 04.01.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 140.734 E.

⁹³ Aktuelle Lage der DDR-Flüchtlinge, Bonn, 20.07.1989, ebenda, Sign. 2341 E.

⁹⁴ Dok. Nr. 27: Fernschreiben des Staatssekretärs Bertele an Bundesminister Seiders, Berlin (Ost), 24. August 1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 374-376, hier S. 376.

⁹⁵ Versorgung der Deutschen aus der DDR in den Botschaften Prag, Warschau und in Ungarn, Bonn, 05.09.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2341 E.

⁹⁶ Lagebericht zum Sonntag, Prag, 28.08.1989, ebenda, Sign. 2.340 E.

⁹⁷ Auswärtiges Amt Verteiler, Vorübergehende Schließung der Botschaft Prag für den Publikumsverkehr, Behandlung in den tschechoslowakischen Medien, Prag, 29.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.917 E.

⁹⁸ Lage in der Botschaft Prag, zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Bonn, 04.09.1989; Kabinettsitzung am 4. September 1989, Bericht über die Lage der Deutschen aus der DDR in Budapest, Prag und Warschau, Bonn, 04.09.1989, ebenda.

⁹⁹ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, 19.09.1989, ebenda, Sign. 139.948 E.

Ausreisewillige auf ihrem Gelände. In einem Bericht des Auswärtigen Amtes wurde auf einen eklatanten Unterschied zwischen dem Verhalten der ungarischen und der tschechoslowakischen Behörden aufmerksam gemacht. Während die ungarische Regierung die flüchtigen DDR-Bürger auf ihrem Territorium duldet, ließ die tschechoslowakische Regierung einen längeren Aufenthalt von DDR-Bürgern außerhalb der westdeutschen Botschaft nicht zu, zumal auch diese Flüchtlinge erwarteten, eine Ausreisegenehmigung in die BRD zu erhalten.¹⁰¹

Ende September 1989, die Zahl der DDR-Flüchtlinge auf dem Botschaftsgelände war inzwischen auf rund 3000 Personen angestiegen¹⁰², bestand dringender Handlungsbedarf. Laut einer Lagebeurteilung der Bonner Regierung waren – auch unter Berücksichtigung der Zelte und der umfunktionierten Arbeitsräume – die Aufnahmekapazitäten der Botschaft nunmehr tatsächlich restlos erschöpft. Man befürchtete sogar einen (Teil-)Einsturz des Gebäudes. Überdies reichten die zur Verfügung stehenden sanitären Einrichtungen nicht aus. Die gesundheitliche Lage der Betroffenen ließ zu wünschen übrig; es gab mehrere Fälle von fieberhaften Durchfällen als erste Anzeichen für die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen.¹⁰³ Die vorhandenen Betten wurden von mehreren Personen in Schichten genutzt, andere schliefen im Treppenhaus.¹⁰⁴

Wegen der skizzierten Probleme kam es zu Spannungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer, räumte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk ein, dass die Situation in der Botschaft sehr ernst sei. Man habe ein zusätzliches Gebäude anmieten wollen; dies sei aber an der tschechoslowakischen Regierung gescheitert.¹⁰⁵ In einem Gespräch zwischen Staatssekretär Sudhoff und dem tschechoslowakischen Botschafter Dušan Spáčil kam ernsthafte Sorge um die Zukunft der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zum Ausdruck. Sudhoff bezeichnete die Zustände in der Botschaft als „besorgniserregend“ und betonte, die Tschechoslowakei könne

¹⁰⁰ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bonn, 26.09.1989, ebenda, Sign. 139.918 E.

¹⁰¹ Vgl. Lage der Deutschen aus der DDR in Ungarn und in der Tschechoslowakei, 21.08.1989, ebenda, Sign. 139.947 E.

¹⁰² Aktuelle Medienmeldungen, Zur Lage in der BRD-Botschaft, ZDF-Sendung, 29.09.1989, 19.00 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253. In der ADN-Information desselben Tages wird eine Zahl von rund 2700 angegeben: ADN-Information, 29.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38061.

¹⁰³ Drahterlass: Notlage Prag, 29.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹⁰⁴ Vgl. Lagebeurteilung, Bonn, 29.09.1989, ebenda; ADN-Information, 17.08.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 18943; Lage der Deutschen aus der DDR in Ungarn und in der Tschechoslowakei, 21.08.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.947 E; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten, 29.08.1989, ebenda.

¹⁰⁵ Mitteilung für die Presse Nr. 1146/89: Zur Lage der Flüchtlinge in der Botschaft Prag, Bonn, 29.09.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.346 E; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 72.

sich dem Problem nicht mit dem Hinweis auf die Verantwortung der beiden deutschen Staaten entziehen. Abschließend betonte der Staatssekretär, dass die Haltung der tschechoslowakischen Regierung in dieser Angelegenheit „einen nachhaltigen Einfluss auf die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen“ ausüben werde. Spáčil erwiderte, die Verantwortung für die Zustände läge allein bei der BRD, denn diese missbrauche ihre Prager Botschaft zu „fremden Zwecken“. Die DDR-Bürger könnten jederzeit nach Hause zurückkehren. Außerdem müsse die tschechoslowakische Regierung genau bedenken, was geschehen würde, wenn sie den Wünschen der Bundesrepublik entspreche. Es handle sich schließlich um Menschenschmuggel.¹⁰⁶ Vermutlich befürchtete die Tschechoslowakei – ähnlich wie Ungarn – für den Fall, dass sie den DDR-Flüchtlingen weiterhin negative Reaktionen seitens der Sowjetunion und der DDR. In *Rudé Právo*, der Tageszeitung der Kommunistischen Partei, wurde betont, dass Prag sich von der Kampagne der Bundesrepublik gegen die DDR nicht beeinflussen lassen¹⁰⁷ werde.

Die angespannte Situation zwischen Bonn und Prag zog weitere diplomatische Kreise, so z.B. als Gesprächsthema der deutsch-schweizerischen Konsultationen auf Staatssekretärebene Anfang Oktober 1989 in Bonn. In einem eigens dazu ausgearbeiteten Papier beschrieb die deutsche Seite die Lage der Zuflucht Suchenden als bedrückend. Darüber hinaus drückte sie ihr Bedauern darüber aus, dass die tschechoslowakische Regierung bislang ihre Zustimmung zu humanitären Lösungen – etwa der Anmietung eines weiteren Gebäudes – verweigert habe. In ihren Augen tangierte diese restriktive Haltung substantiell die bilateralen Beziehungen.¹⁰⁸

Die Tschechoslowakei betonte dagegen, sie wolle wegen der Flüchtlingsfrage nicht die guten Beziehungen zur DDR aufs Spiel setzen – eine Haltung, die in Ost-Berlin sehr geschätzt wurde.¹⁰⁹ Ende September 1989 stieg der internationale Druck auf die Regierung in Prag, wenigstens humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge zu leisten. Der französische Außenminister und amtierende Ratspräsident der Europäischen Gemeinschaften (EG), Roland Dumas, forderte bei einer Begegnung am Rande der 44. UN-Vollversammlung in New York den tschechoslowakischen Außenminister, Jaromír Johanes, im Namen der EG dazu auf, Prag möge sich zu einer humanitären Geste bereitfinden.¹¹⁰ Außenminister Genscher bemühte sich ebenfalls um eine Entspannung der Situation. Der tschechoslowakischen Regierung wurden als Gegen-

¹⁰⁶ Vermerk, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR in der Botschaft Prag, Gespräch StS Dr. Sudhoff mit dem tschechoslowakischen Botschafter Dr. Spacil, Bonn, 29.09.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.346 E.

¹⁰⁷ *Rudé Právo* vom 16.09.1989, S. 7.

¹⁰⁸ Deutsch-schweizerische Konsultationen am 06.10.1989 in Bonn, 28.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹⁰⁹ Sekretariat von Pavel Sádovský, 27.09.1989, in: AMZV ČR, Sign. 13163/1989. Siehe auch: VODIČKA (wie Anm. 14), S. 46 f., 171.

¹¹⁰ ADN-Information, 29.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38061.

leistung Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Aussicht gestellt.¹¹¹ Johannes erwiderte, dass es sich bei der Flüchtlingsfrage primär um ein Problem zwischen der DDR und der BRD handele.¹¹² Am 30. September gelang schließlich der diplomatische Durchbruch: Genscher und Kanzleramtsminister Rudolf Seiters¹¹³ reisten nach Prag und konnten den Flüchtlingen mitteilen, ihre Ausreise in die Bundesrepublik sei nun möglich geworden.¹¹⁴ Die Fernsehbilder von diesem Ereignis gehörten zu den medialen Höhepunkten des Jahres 1989. Seiters notierte: „Bei den Menschen bricht erlösender Jubel über die befreiende Nachricht aus.“¹¹⁵ Noch am selben Abend verließen zahlreiche Flüchtlinge in angemieteten Bussen das Palais Lobkowitz in Richtung Grenze. Die DDR stellte, wie vereinbart, vor dem Botschaftsgelände Busse bereit.¹¹⁶

Trotz dieses abgetrotzten Zugeständnisses kam es zu fortgesetzten Übergriffen tschechoslowakischer Ordnungskräfte auf DDR-Flüchtlinge. Diese wurden geschlagen und getreten – so z.B., wenn sie sich am Zaun des Botschaftsgeländes festklammerten. Seitens der Bundesrepublik bezeichnete man dieses Verhalten als „unglaublich“ und „völlig unannehmbar“ und ließ anklingen, dass die bilateralen Beziehungen Schaden nähmen. Botschafter Spáčil wies jedoch die Vorwürfe zurück, indem er betonte, dass die Tschechoslowakei für die „Sicherheit der Wege zur Botschaft“ und für die „Erhaltung der öffentlichen Ordnung“ dort verantwortlich sei.¹¹⁷

Derweil stieg die Zahl der DDR-Flüchtlinge in Prag kontinuierlich an, obwohl seit dem 1. Oktober täglich vollbesetzte Busse Prag in Richtung Bundesrepublik verließen.¹¹⁸ Allein am 3. Oktober suchten beispielweise fast 4500 Menschen in der Botschaft Zuflucht – 1500 mehr, als es die Kapazitäten der Botschaft eigentlich zuließen. 600 Menschen wurden im Heizungskeller

¹¹¹ Mitteilung für die Presse Nr. 1149/89: Interview des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher mit der Deutschen Welle am 02.10.1989; Mitteilung für die Presse Nr. 1152/89: Bericht des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher vor der Bundestagsfraktion der F.D.P. über die Lage der Deutschen Botschaft in Prag und die Bemühungen der Bundesregierung, Bonn, 03.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.346 E.

¹¹² Vgl. VODIČKA (wie Anm. 14), S. 74.

¹¹³ ANTONIUS JOHN: Rudolf Seiters, Bonn – Berlin 1991, S. 87 ff.

¹¹⁴ Vgl. HANS-DIETRICH GENSCHER: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 637-650. Siehe auch DERS.: Der Kreis schließt sich. Prolog, in: VODIČKA (wie 14), S. 11-20.

¹¹⁵ JOHN (wie Anm. 113), S. 92.

¹¹⁶ WERNER WENNDT: Der 30. September 1989, in: HARALD SALFELLNER, DERS. (Hrsg.): Das Palais Lobkowitz. Ein Ort deutscher Geschichte in Prag, Praha 1999, S. 19-30, hier S. 29; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 110 f.

¹¹⁷ Drahterlass: Übergriffe TSE Organe gegen Deutsche aus der DDR, Prag, 02.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹¹⁸ Massenausreise verspätet begonnen, in: Der Tagesspiegel vom 05.10.1989; Fernschreiben: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 03.10.1989, 05.10.1989, 07.10.1989, 08.10.1989, 12.10.1989, 13.10.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 20.682 E.

untergebracht, dem einzig noch freien Raum in der Botschaft. Das Küchenpersonal hatte keinen Platz zum Arbeiten, die Wartezeiten vor den Toiletten betragen über zwei Stunden. Laut Rotem Kreuz waren die hygienischen Verhältnisse denkbar schlecht. Überdies warteten weitere 2000 Flüchtlinge vor der Botschaft auf Einlass.¹¹⁹ Das verzweifelte Personal bemühte sich, die Menschen in Hotels in Botschaftsnähe unterzubringen und bat die tschechoslowakischen Behörden angesichts der dramatischen Lage¹²⁰ um Zustimmung. Auf diesen Ausweg ließ sich die tschechoslowakische Regierung schließlich ein.¹²¹ Am 4. und 5. Oktober konnten ca. 13 100 Zuflucht Suchende, die sich in der Botschaft und in anderen Quartieren in der Stadt aufgehalten hatten, Prag verlassen und über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen. Durch diesen Umweg wollte man das Einvernehmen zwischen der Tschechoslowakei und der DDR dokumentieren. Nach Konsultationen mit der Tschechoslowakei hatte die DDR am 3. Oktober, also tags zuvor, den pass- und visafreien Verkehr zwischen beiden Ländern für Deutsche aus der DDR „zeitweilig ausgesetzt“. Im Zuge dessen schränkten die tschechoslowakischen Sicherheitsbehörden den Zugang zur Prager Botschaft noch mehr ein. Daraufhin protestierte die Bundesrepublik unter Hinweis auf die einschlägigen KSZE-Dokumente über die Freiheit des Zugangs zu diplomatischen Missionen.¹²² Am 10. Oktober führte die DDR die Visumpflicht für Reisen in die Tschechoslowakei ein¹²³, illegale Grenzübertritte nahmen daraufhin zu¹²⁴.

Nachdem die meisten Flüchtlinge die Botschaft verlassen hatten, fingen dort in der zweiten Oktoberwoche die Aufräumarbeiten an. Der Großteil der von den Flüchtlingen zurückgelassenen Fahrzeuge wurde in die DDR abgeschleppt.¹²⁵

¹¹⁹ Vgl. VODIČKA (wie Anm. 14), S. 127 f., 133.

¹²⁰ Drahterlass: Prag, 03.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.346 E; Information über die Durchsetzung einer zentralen Entscheidung zur Ausreise der Botschaftsbesetzer von Prag und Warschau, Berlin, 01.10.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 26516; ADN-Information: Erste Flüchtlingszüge nach Westen werden in Kürze aus Prag abfahren, 04.10.1989, in: MfS HA XIX, Sign. 5121. Zur Einschätzung der hygienischen Zustände durch das Deutsche Rote Kreuz siehe Bericht der DRK-Einsatzleitung, Prag, 05.10.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 20.682 E.

¹²¹ Einbestellung des Tschechoslowakischen Botschafters Spáčil durch D 2 am 03.10.1989, Bonn, in: PA/AA, B 85, Sign. 2.346 E.

¹²² Vgl. HANS-DIETRICH GENSCHER: KSZE als Menschenrechtsinitiative, in: SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBURGER (Hrsg.): Vom Recht auf Menschenwürde. 60 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention, Tübingen 2013, S. 13-15.

¹²³ Vermerk: Ausreisewillige Deutsche aus der DDR in den Botschaften Warschau, Prag und Sofia sowie in Ungarn, Bonn, 12.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹²⁴ Fernschreiben: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 10.10.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 20.682 E; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 174.

¹²⁵ Vgl. VODIČKA (wie Anm. 14), S. 166, 170.

Am 1. November wurde der pass- und visafreie Reiseverkehr für DDR-Bürger, die sich in die Tschechoslowakei begaben, wieder eingeführt. Auch wenn während der Grenzkontrolle der Verdacht aufkam, dass die Ausreisenden nicht in die DDR zurückkehren, sondern in der BRD-Botschaft Zuflucht suchen wollten, sollten sie nicht am Grenzübertritt gehindert werden.¹²⁶ Alle Flüchtlinge, die sich in der Prager Botschaft befanden, durften, lediglich unter Vorlage eines Personalausweises, sofort in die Bundesrepublik ausreisen.¹²⁷ Nur für den Fall, dass die Ausreisenden keine gültigen Ausweisdokumente bei sich trugen, durften sie aufgehalten und in die DDR zurückgeschickt werden.¹²⁸ Aufgrund dieser Regelung entspannte sich die Lage rasch. Während sich am 3. November noch ca. 4000 DDR-Bürger in der Botschaft aufhielten¹²⁹ und Sudhoff bei Spáčil um zusätzliche Unterkünfte bitten musste¹³⁰, befanden sich dort tags darauf nur noch „rund ein Dutzend Deutsche aus der DDR“¹³¹; am 6. November waren es lediglich 20 Personen.¹³² Der Aderlass innerhalb weniger Tage war freilich beträchtlich: Seit Anfang November 1989 waren 20 000 DDR-Bürger über die Tschechoslowakei in die BRD ausgereist.¹³³ Angesichts der offenen Grenze gab es nun keinen Grund mehr, in der Botschaft zu verharren.¹³⁴ Einige Flüchtlinge legten in der Botschaft lediglich einen kurzen Zwischenhalt ein, um dort zu übernachten oder sich ärztlich versorgen zu lassen, bevor sie in die Bundesrepublik ausreisten.¹³⁵ In der Tschechoslowakei war die „Samtene Revolution“ bereits im Gange, und das Ende der kommunistischen Diktatur stand bevor.¹³⁶ Die Ereignisse in der

¹²⁶ Reiseverkehr CSSR/VR Polen, 31.10.1989, in: BStU, MfS HA IX, Sign. 17163.

¹²⁷ ADN-Information, 03.11.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 21839; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 186.

¹²⁸ Hauptabteilung Untersuchung: Information über die Festnahme eines Bürgers der DDR durch die Sicherheitsorgane der CSSR, Prag, 12.10.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 21839.

¹²⁹ Fernschreiben: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 03.11.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 20.682 E.

¹³⁰ Bericht über die Situation der Botschaft Prag am 03.11.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹³¹ Drahtbericht: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 04.11.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 20.682 E.

¹³² Fernschreiben: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, 06.11.1989, ebenda.

¹³³ Ausreise von DDR-Bürgern über Polen und die CSSR. Gegenwärtige Situation, Bonn, 09.11.1989, in: PA/AA, B 85, Referat 513, Sign. 1993 E; Dok. Nr. 80: Zur neuen Reise-regelung, Bonn, 10.11.1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 504.

¹³⁴ Am 17. Dezember 1989 durchschnitt der österreichische Außenminister Mock gemeinsam mit dem Außenminister der ČSSR Jiří Dienstbier den Stacheldraht an der nieder-österreichisch-tschechischen Grenze. Vgl. GEHLER (wie Anm. 28), S. 590.

¹³⁵ Vgl. VODIČKA (wie Anm. 14), S. 210; 215.

¹³⁶ JIŘI SUK: „Listopad ‘89‘ a věc revoluce. Jaká revoluce se v Československu na přelomu let 1989/1990 odehrála? [„November 89“ und die Sache der Revolution. Was für eine Revolution fand in der Tschechoslowakei in den Jahren 1989/1990 statt?], in: JIŘI PERNES (Hrsg.): Po stopách nedávné historie, Praha 2003, S. 343-351; TOMÁŠ VILÍ-

Tschechoslowakei, die schwierige Lage der geschwächten und nervösen Prager Führung, hatten indirekt auch Auswirkungen auf den Destabilisierungsprozess in der DDR, und diese wiederum beschleunigte im Oktober und November die Veränderungen in der Tschechoslowakei.¹³⁷ Vor allem der Fall der Berliner Mauer mobilisierte die tschechoslowakische Öffentlichkeit.¹³⁸

Die Flucht einiger Tausend DDR-Bürger in die Bundesrepublik über die Prager Botschaft hat die Ereignisse in der Tschechoslowakei jedoch nicht beeinflusst. Dieses Ereignis war allein nicht ausreichend, um die Mehrheit der Tschechen und Slowaken zum Widerstand gegen das eigene Regime zu bewegen.¹³⁹ Obwohl die Massenflucht als spektakulär wahrgenommen wurde und die Prager täglich Autos mit ostdeutschen Flüchtlingen zu Gesicht bekamen, die in Richtung Botschaft fuhren, empfanden sie kein Mitleid. Tschechen und Slowaken verfolgten die Ereignisse eher passiv, wenn sie auch manchmal die Zuflucht Suchenden aus der DDR unterstützten, indem sie ihnen Lebensmittel und Kleidung überließen.¹⁴⁰ Erst das Vorgehen bewaffneter Polizei gegen friedlich demonstrierende Studenten am 17. November veränderte die Situation. Der Kontrast zwischen dem friedlichen Verhalten der Studierenden und der brutalen Gewalt der Sicherheitskräfte führte zu Empörung und Solidarisierung mit den Demonstranten.¹⁴¹ Den Anstoß für die politische Wende in der Tschechoslowakei gab also ein innenpolitischer Impuls, nicht die außenpolitisch brisante Lage aufgrund der DDR-Flüchtlinge. Erst die Massendemonstrationen und Generalstreiks Ende November und die Verhandlungen zwischen Kommunisten und Dissidenten im Dezember 1989 markierten den Niedergang des alten Regimes und die Transition in eine neue demokratische Ordnung.¹⁴²

MEK: Die Ursachen des Zusammenbruchs des kommunistischen Regimes in der ČSSR im Jahre 1989, in: FLORATH (wie Anm. 9), S. 105-121.

¹³⁷ Vgl. OLDŘICH TŮMA: 1989: Zusammenbruch zweier kommunistischer Regime, in: DETLEF BRANDES, DUŠAN KOVÁČ u.a. (Hrsg): Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, Essen 2007, S. 299-306, hier S. 305; TIMOTHY GARTON ASH: History of the Present. Essays, Sketches and Despatches from Europe in the 1990s, London 1999, S. 61; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 262.

¹³⁸ Vgl. OLDŘICH TŮMA: So rar wie ein „Trabant“. In der tschechischen Gesellschaft verblaßt die Erinnerung an die DDR, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (1999), 7, S. 24-29, hier S. 27.

¹³⁹ Vgl. TŮMA, Zusammenbruch (wie Anm. 137), S. 300 ff.

¹⁴⁰ Vgl. MICHAL PULLMANN: The Demise of the Communist Regime in Czechoslovakia, 1987-89. A Socio-Economic Perspective, in: MCDERMOTT/STIBBE (wie Anm. 74), S. 154-171, hier S. 166 f.; VODIČKA (wie Anm. 14), S. 212.

¹⁴¹ Vgl. VODIČKA (wie Anm. 14), S. 227-230.

¹⁴² Vgl. JIŘI SUK: Labyrintem revoluce. Aktéři, zápletky a křížovatky jedné politické krize. Od listopadu 1989 do června 1990 [Durch das Labyrinth der Revolution. Akteure, Verstrickungen und Scheidewege einer politischen Krise. Von November 1989 bis Juni 1990], Praha 2003, S. 190-282.

4 Warschau zwischen zwei Fronten

In Polen beschwor man einerseits unaufhörlich die offizielle Freundschaft mit dem Nachbarstaat DDR, andererseits setzte man große Hoffnungen auf die durch die „neue Ostpolitik“ der 1970er Jahre initiierte Nachbarschaftspolitik mit der Bundesrepublik.¹⁴³ In Kreisen der DDR-Sicherheitsorgane sprach man von der „latenten Gefahr einer möglichen ungarischen Lösung in der VRP“¹⁴⁴; ostdeutsche Diplomaten arbeiteten unablässig daran, ihre polnischen Partner von der Notwendigkeit des Erhalts der Freundschafts- und Beistandsabkommen in der realsozialistischen östlichen Welt zu überzeugen.¹⁴⁵ Wie seine ungarischen und tschechoslowakischen Kollegen warb auch der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski¹⁴⁶ in seinen Gesprächen mit den westdeutschen Verhandlungspartnern um Verständnis dafür, dass Polen weder seine Beziehungen zur BRD noch die zur DDR belasten wolle. Das Flüchtlingsproblem sei eine Angelegenheit der beiden deutschen Regierungen, nicht des polnischen Staates.¹⁴⁷ Zuflucht suchende DDR-Bürger, die illegal die Grenze überquerten und dabei durch polnische Grenztruppen gestellt würden, müssten wieder in die DDR zurückkehren. Diesen Standpunkt begründete Skubiszewski mit der Einhaltung entsprechender Vereinbarungen mit der DDR.¹⁴⁸ Überdies baten polnische Diplomaten immer wieder um eine diskrete mediale Berichterstattung jener Fälle, in denen Polen – entgegen bestehender Vereinbarungen – DDR-Flüchtlingen doch Beistand geleistet habe.¹⁴⁹

Das Gebäude der deutschen Botschaft in Warschau war bescheidener als die Gebäude in Budapest und Prag und provisorisch in mehreren Villen untergebracht. Nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags 1970 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und Polen wurde die Handelsvertretung zur Botschaft. Diese nahm im September 1972

¹⁴³ KATARZYNA STOKŁOSA: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen 2011, S. 343-350.

¹⁴⁴ Thesen für die Ausführungen des Leiters der ZKG vor BKG [Bezirkskoordinierungsgruppen]-Leitern auf der außerordentlichen Beratung am 01.10.1989, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 26516.

¹⁴⁵ Interview mit Jürgen van Zwoll (letzter DDR-Botschafter in Polen), Berlin, 10.07.2012.

¹⁴⁶ ROMAN KUŹNIAR (Hrsg.): Krzysztof Skubiszewski – dyplomata i mąż stanu [Krzysztof Skubiszewski – Diplomat und Staatsmann], Warszawa 2011.

¹⁴⁷ Gespräch mit Außenminister Skubiszewski. Laufende Berichterstattung, 19.09.1989, in: PA/AA, AV Neues Amt, Sign. 24.122 E; Auswärtiges Amt Verteiler, DDR-Flüchtlinge, Gespräch mit Außenminister Skubiszewski, Warschau, 19.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E; Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 03.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁴⁸ Gespräch mit Außenminister Skubiszewski, Warschau, 19.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁴⁹ Vertraulicher Bericht vom 19.09.89, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.



Abb. 3: Das Gebäude der westdeutschen Botschaft in Warschau, Anfang September 1974 (© dpa)

ihre Arbeit auf. Neben dem Kanzleigebäude in der ul. Dąbrowiecka mietete die Botschaft nach und nach Gebäude in der ul. Katowicka, der ul. Walecznych sowie in der ul. Jazdów an.¹⁵⁰

Bis Anfang September 1989 schien die Situation in der Warschauer Botschaft noch beherrschbar¹⁵¹, Mitte September musste sie dann jedoch wegen Überfüllung schließen.¹⁵² Die in die Botschaft Geflüchteten beschwerten sich

¹⁵⁰ Vgl. Deutsche Vertretungen in Polen, URL: <http://www.polen.diplo.de/Vertretung/polen/de/02-die-botschaft/03-geschichte-botschaft/0-geschichte-botschaft2.html> (07.08.2014).

¹⁵¹ Kabinettsitzung am 04. September 1989, Bericht über die Lage der Deutschen aus der DDR in Budapest, Prag und Warschau, Bonn, 04.09.1989; Versorgung der Deutschen aus der DDR in den Botschaften Prag, Warschau und in Ungarn, Bonn, 05.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.917 E.

¹⁵² Aktuelle Medienmeldungen, ARD-Sendung, 19.09.1989, 16.55 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253; Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bonn, 19.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E; Abteilung 1, Vorläufige Schließung der Botschaft Warschau für den Publikumsverkehr, Bonn, 18.09.1989 und 19.09.1989, ebenda, Sign. 139.869 E; Dok. Nr. 42: Gespräch des Bundesministers Seiters mit Botschafter Walters, Bonn, 20.09.1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 407-409, hier S. 408; Auch die Botschaft in Warschau schließt, in: General-Anzeiger vom 20.09.1989; Bonn schließt Botschaft in Warschau, in: Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 20.09.1989; Flüchtlingsansturm in Polen. Bonn muß Botschaft schließen, in: Die Welt vom 20.09.1989.

Tabelle 3: Überblick über die Zahl der DDR-Flüchtlinge in der westdeutschen Botschaft in Warschau

Datum	Zahl der Flüchtlinge	Anmerkung
16. August 1989	1	
24. August 1989	0	
29. August 1989	12	
31. August 1989	16	
1. September 1989	18	
4. September 1989	22	
5. September 1989	29	Die Aufnahmekapazität der Botschaft liegt bei 50-55 Personen.
7. September 1989	36	Die Botschaft bittet das Auswärtige Amt um die Beschaffung von zusätzlichen Duschkabinen.
8. September 1989	43	Die medizinische Versorgung ist nicht gesichert. Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr wird vorgeschlagen.
12. September 1989	40	
13. September 1989	52	
15. September 1989	72	Die Aufnahmekapazität der Botschaft ist erschöpft. Suche nach zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten
16. September 1989	93	
17. September 1989	102	
18. September 1989	112	Die sanitären Verhältnisse sind kritisch.
19. September 1989	114	
20. September 1989	120	Vorübergehende Schließung der Botschaft für den Publikumsverkehr
21. September 1989	105	
22. September 1989	106	55 Personen innerhalb des Botschaftsgeländes, die übrigen in zusätzlichen Unterkünften
24. September 1989	137	Zahl der Duschen reicht nicht mehr aus.
28. September 1989	118	
30. September 1989	475	Probleme mit der medizinischen Versorgung. Erfolgreiche Suche nach zusätzlichen Privatquartieren. Hilfe durch das polnische Rote Kreuz
3. Oktober 1989	258	
7. Oktober 1989	289	
8. Oktober 1989	418	
9. Oktober 1989	490	Suche nach Sonderzügen, mit denen die DDR-Flüchtlinge ausreisen können.
10. Oktober 1989	630	Bereitstellung eines Sonderzugs der Deutschen Reichsbahn
11. Oktober 1989	624	Die Botschaft ist wieder für den Publikumsverkehr geöffnet. Anmietung neuer Unterkünfte

12. Oktober 1989	684	Belegung von weiteren auswärtigen Unterkünften
13. Oktober 1989	821	
15. Oktober 1989	1237	68 Personen innerhalb des Botschaftsgeländes, die große Mehrzahl in zusätzlichen Unterkünften
16. Oktober 1989	1503	Eröffnung von weiteren Außenstellen (Hotels, Privatquartieren) als Unterbringungsmöglichkeit
17. Oktober 1989	1541	
19. Oktober 1989	1866	
23. Oktober 1989	2179	
25. Oktober 1989	1882	
26. Oktober 1989	1901	
27. Oktober 1989	1790	
30. Oktober 1989	1675	
31. Oktober 1989	1461	
2. November 1989	900	Etwa 750 Personen sollen innerhalb einer Woche ausgebürgert werden und ausreisen dürfen.
3. November 1989	695	
6. November 1989	497	
7. November 1989	339	
8. November 1989	210	Ein Sonderzug mit DDR-Flüchtlingen verlässt Warschau Richtung BRD.
9. November 1989	147	
10. November 1989	154	
13. November 1989	99	
14. November 1989	32	Seit zwei Tagen keine neuen DDR-Flüchtlinge mehr

Vgl. PA/AA Zwischenarchiv, 139.868 E, 139.869 E, 17006 E, 2341 E, B 85 1993 E, B 85 2334 E, B 85 2335 E.

über die miserablen sanitären Zustände.¹⁵³ Aus der Botschaft wurde berichtet, dass „eine zumutbare Unterbringung“ in dem Gebäude nicht mehr gewährleistet werden könne. Die Arbeitsräume der Botschaft seien schon überbelegt. Bereits seit mehreren Monaten verhandelte die Botschaft mit den polnischen Behörden, um zusätzliche Räumlichkeiten anmieten zu können. Da es unter den Flüchtlingen mehrere Ärzte gab, blieb die medizinische Versorgung in dringenden Fällen gewährleistet. Auch hielt zweimal die Woche ein in Warschau ansässiger Arzt Sprechstunden ab; an Medikamenten herrschte kein Mangel.¹⁵⁴ Wie auch in Budapest und Prag halfen dabei das Deutsche Rote

¹⁵³ Vgl. Auswärtiges Amt Verteiler, Warschau, 17.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁵⁴ Auswärtiges Amt Verteiler, Lage der Zufluchtsuchenden in der Botschaft Warschau, 17.09.1989; Bericht: „Vorläufige Schließung der Botschaft Warschau für den Publi-

Kreuz und der Deutsche Caritasverband. Da in Polen wieder einmal Versorgungsengpässe auftraten, erwies es sich allerdings als schwierig, die nötigen Lebensmittel zu besorgen. Die Botschaft schickte drei Einkaufsteams zu den Geschäften, um dort Schlange zu stehen; aber was sie erhielten, reichte nicht aus. Einige Artikel, wie Papiertaschentücher oder Mineralwasser, waren gar nicht erhältlich. Auch bei Kleidung gab es für bestimmte Größen Engpässe. Aus diesem Grund unternahm Botschaftsangehörige einmal in der Woche Versorgungsfahrten nach Berlin. Es war den Flüchtlingen erlaubt, außerhalb der Dienstzeiten in die Bundesrepublik zu telefonieren. Telefonate in die DDR sollten aus Sicherheitsgründen unterbleiben. Den Berichten zufolge bildeten Streitigkeiten unter den in der Botschaft Ausharrenden ein erhebliches Problem.¹⁵⁵

Da es sich herumgesprochen hatte, dass die Situation in der Prager Botschaft noch sehr viel schlechter war, entschieden sich immer mehr DDR-Flüchtlinge für die Warschauer Botschaft. Dennoch war ihre Zahl in Polen weitaus geringer als in den weiterhin bevorzugt aufgesuchten Botschaftsgebäuden in Prag und Budapest.¹⁵⁶ Dafür gab es Gründe: Ungarn galt als das liberalste Land im Ostblock, die Tschechoslowakei war vielen durch Urlaubsreisen gut bekannt und vertraut. In Prag hatten sich über viele Jahre hinweg DDR-Bürger mit ihrer Verwandtschaft aus dem Westen getroffen. Ende September 1989 registrierte man 475 Personen in der Warschauer Botschaft.¹⁵⁷ Im Rahmen der bereits erwähnten deutsch-schweizerischen Konsultationen vom Oktober 1989 lobte man Polen für die gute Behandlung der DDR-Flüchtlinge und für die Bereitstellung zusätzlicher Unterkünfte außerhalb der Botschaft. Anders als die Tschechoslowakei habe Polen humanitäre Rücksicht walten lassen.¹⁵⁸

Wie in Budapest und Prag versuchten die DDR-Behörden auch in Warschau Einfluss auf die Flüchtlinge zu nehmen. Ihnen wurde Straffreiheit garantiert und sogar die Ausreise binnen sechs Monaten angeboten, wenn sie zuvor nur in die DDR zurückkehrten.¹⁵⁹ Die meisten trauten diesem Angebot jedoch nicht und zogen es vor, in der überfüllten Botschaft zu bleiben.¹⁶⁰

kumsverkehr“, Bonn, 18.09.1989, und „Arbeit der Botschaft Warschau bei vorübergehender Schließung für den Publikumsverkehr“, 20.09.1989, ebenda.

¹⁵⁵ Vorläufige Schließung der Botschaft Warschau für den Publikumsverkehr, Bonn, 19.09.1989, und Arbeit der Botschaft Warschau bei vorübergehender Schließung für den Publikumsverkehr, 20.09.1989, ebenda.

¹⁵⁶ Aktuelle Medienmeldungen, Zur Lage in der BRD-Botschaft, ZDF-Sendung, 29.09.1989, 19.00 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253.

¹⁵⁷ Lage der Deutschen aus der DDR in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bonn, 26.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹⁵⁸ Deutsch-schweizerische Konsultationen am 06.10.1989 in Bonn, 28.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.918 E.

¹⁵⁹ Mitteilung AG Org. und Insp., 06.09.1989, in: BStU, MfS, ZKG, Sign. 16728.

¹⁶⁰ Vermerk über die Beratung bei Minister Heusinger am 04.09.1989, Berlin, in: BStU, MfS, ZAIG, Sign. 22488.

Janusz Reiter, Publizist und in späteren Jahren Polens Botschafter in der BRD, versuchte westdeutschen Diplomaten zu vermitteln, warum für Polen die „ungarische Lösung“ nicht in Frage kam. Besonders wichtig erschien ihm die Tatsache, dass Ungarn in seiner bisherigen Geschichte in keinen Konflikt mit den Deutschen verwickelt gewesen sei und dass es vor allem keine Differenzen über Grenzfragen gebe. Während sich Ungarn sicher sei, die Deutschen als vertrauensvolle Verbündete gewinnen zu können, müsse Polen diese Gewissheit erst noch gewinnen. Ein weiterer Unterschied bestehe darin, dass Polen ein größeres Land mit einer komplizierten geostrategischen Lage sei. Deshalb müsse die polnische Außenpolitik besonders vorsichtig agieren, auch wenn sie dadurch vielleicht weniger effektiv erscheine.¹⁶¹ „Die Raison der Außenpolitik“, so Reiter, „kann manchmal in Konflikt mit dem Herzen geraten“.¹⁶² Aus den genannten Gründen könne Polen die ungarische Haltung weder nachahmen noch allzu laut loben, obwohl der ungarische Standpunkt ganz dazu angetan sei, Sympathien zu wecken. Noch immer wisse Polen nicht, wie sich die BRD Polens zukünftige Rolle in Europa vorstelle.¹⁶³ Krzysztof Śliwiński, einer der engsten außenpolitischen Berater des Sejm-Abgeordneten Bronisław Geremek¹⁶⁴ wie auch von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, erklärte gegenüber einem namentlich nicht genannten westdeutschen Diplomaten, die Bundesrepublik müsse dafür Verständnis haben, dass Polen weder sein Ausländergesetz noch die bilateralen Verträge mit der DDR einfach aussetzen könne.¹⁶⁵

Tatsächlich zeigte die bundesdeutsche Regierung Verständnis für die heikle Lage auf polnischer Seite. In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes über die Meldungen der westdeutschen Presse heißt es:

„In der Bonner Presse fehlt es nicht an realistischen Stimmen, die darauf verweisen, dass Polen wegen seiner geopolitischen Lage und seiner Stellung im Warschauer Pakt sowie wegen seiner engen Beziehungen zur DDR die ungarische Lösung für die Regelung der Flüchtlingsfrage nicht kopieren könne.“¹⁶⁶

Kanzleramtsminister Seiters erwähnte gegenüber dem US-Botschafter in Deutschland, Vernon A. Walters, es sei „bisher reine Medienspekulation“, ob die ungarische Lösung auch in Warschau durchsetzbar sein werde.¹⁶⁷

¹⁶¹ Gazeta Wyborcza vom 14.09.1989.

¹⁶² Ebenda.

¹⁶³ Ebenda.

¹⁶⁴ Vgl. PAWEŁ LUTY (Hrsg.): Bronisław Geremek. Ojciec polskiego liberalizmu [Bronisław Geremek. Vater des polnischen Liberalismus], Łódź 2010.

¹⁶⁵ Vgl. Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 13.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁶⁶ Fernschreiben (verschlüsselt) des AA, 19.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁶⁷ Dok. Nr. 42: Gespräch des Bundesministers Seiters mit Botschafter Walters, Bonn, 20.09.1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 407-409, hier S. 408.

Andererseits hoffte Bonn darauf, dass Polen trotz seiner schwierigen Lage eine „pragmatische und humanitäre Haltung entsprechend der KSZE-Beschlüsse“¹⁶⁸ einnehmen werde. Gleichzeitig herrschte Unsicherheit darüber, wie die polnische Regierung auf den Druck der DDR reagieren werde. In einem Interview wollte Franz-Joachim Schoeller, Botschafter der BRD in Warschau, keine Prognose abgeben, ob die DDR-Flüchtlinge in seiner Botschaft in die Bundesrepublik ausreisen dürften oder nicht.¹⁶⁹ In der westdeutschen Nachrichtensendung *Tagesschau* berief man sich auf Mitglieder der polnischen Regierung, die, wie Mazowiecki, ebenfalls unter dem kommunistischen Regime gelitten hatten. Von dieser Seite erwartete man besondere Unterstützung zugunsten der Flüchtlinge. Jedoch auch die Regimekritiker wollten eine „unnötige Demütigung der Verbündeten in Ost-Berlin vermeiden“¹⁷⁰. Als Mazowiecki im Sommer 1989 Regierungschef wurde, schien er besonders geeignet, die deutsch-polnischen Beziehungen voranzubringen. Er wusste ganz genau, dass der Weg Polens nach Europa über die Bundesrepublik führte, und bemühte sich daher kontinuierlich um die deutsch-polnische Versöhnung. Dazu gehörte auch die Unterstützung der DDR-Bürger bei ihrer Flucht in den Westen.¹⁷¹ Andererseits wusste Mazowiecki, dass er innenpolitisch nicht alle seine Wünsche würde durchsetzen können, z.B. die Gründung einer Partei mit europäischem Zuschnitt. Ihm war vollkommen klar, dass eine solche Partei nicht in die polnische Wirklichkeit gepasst hätte, ebenso wenig wie eine polnische CDU, von deren Gründung ihn Bundeskanzler Helmut Kohl im Spätsommer 1990 zu überzeugen versuchte.¹⁷²

Mazowiecki versicherte der Bundesregierung, die Flüchtlinge würden von den polnischen Behörden nicht an die DDR ausgeliefert. Das gelte auch für jene Flüchtlinge, die sich außerhalb des Botschaftsgeländes in Warschau befänden.¹⁷³ Bei einem Gespräch mit dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ende September 1989 in Warschau bekräftigten Lech Wałęsa, Mazowiecki und Geremek, dass eine Abschiebung nicht in

¹⁶⁸ Fernschreiben (verschlüsselt) des AA, 19.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁶⁹ BPA-Nachrichtenabt., DFS, *Tagesschau*, 19.09.1989, 20.00, Bericht vom 20.09.1989, ebenda.

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Vgl. ALEKSANDER HALL: *Polityk na czasy trudne* [Ein Politiker für schwierige Zeiten], in: Tadeusz Mazowiecki. *Polityk na czasy trudne*, Warszawa 1997, S. 13-19, hier S.19; THOMAS BEHRENS: Tadeusz Mazowiecki – Politik und Werte, in: *Polen-Analysen* Nr. 135 vom 19.11.2013, S. 2-7.

¹⁷² Vgl. PIOTR NOWINA-KONOPKA: *Twórca i przywódca partii – Mazowieckiego Unia Demokratyczna i Unia Wolności* [Parteigründer und Führer – Mazowieckis Demokratische Union und Freiheitsunion], in: Tadeusz Mazowiecki (wie Anm. 171), S. 77-90, hier S. 81.

¹⁷³ AA Verteiler, 20.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38060; Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Berlin, 20.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

Frage komme.¹⁷⁴ Außenminister Genscher versuchte seinen Amtskollegen Skubiszewski für eine stärkere Unterstützung der bundesdeutschen Anliegen zu gewinnen.¹⁷⁵ Er bedankte sich für die Mitwirkung der polnischen Regierung bei humanitären Aktionen¹⁷⁶, beklagte sich aber auch darüber, dass einige Zuflucht Suchende an der polnischen Grenze wegen versuchter illegaler Einreise zurückgewiesen worden seien¹⁷⁷. Skubiszewski betonte mehrfach gegenüber westdeutschen Politikern und Medien, seine Regierung werde für eine „pragmatische und humanitäre Lösung“ sorgen; die Flüchtlinge bräuchten keine Angst vor einer Ausweisung zu haben.¹⁷⁸ Bei der Ausreise von einem deutschen Staat in den anderen habe es sich ursprünglich um eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten gehandelt. Doch angesichts der DDR-Flüchtlinge in Polen sei sein Land nun zwangsläufig in diese Frage involviert. Eine ähnliche Position vertrat Geremek.¹⁷⁹ Er versicherte gegenüber seinen westdeutschen Verhandlungspartnern, dass von Seiten der polnischen Regierung nichts unternommen werde, um den Aufenthalt von Zuflucht Suchenden aus der DDR gegen deren Willen zu beenden. Für ihn sei die ungarische Lösung eine klare Orientierung.¹⁸⁰ Ungeachtet solcher Versicherungen kam es noch im Oktober 1989 zur Rückführung von DDR-Bürgern. Polnische Grenzsoldaten schoben zwischen Mitte September und Anfang Oktober 407 DDR-Flüchtlinge, die im Grenzgebiet gefangen worden waren, in die DDR ab.¹⁸¹ Allerdings gelangten weiterhin viele DDR-Bürger nach Polen, indem sie die Oder bzw. Neiße durchschwammen.¹⁸² Mitte Oktober stellten die polnischen Grenzschutztruppen schließlich die Kontrolle und Ausweisung von DDR-Bürgern weitgehend ein¹⁸³, was von der DDR kritisiert wurde.¹⁸⁴ Die Bundes-

¹⁷⁴ Vermerk, Anruf H. Kristoffersen/DGB Bundesvorstand zu seinen Gesprächen in Warschau, Bonn, 25.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁷⁵ Drahterlass: Zufluchtsuchende, 02.10.1989, ebenda.

¹⁷⁶ Drahterlass: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Schreiben BM an AM Skubiszewski, 09.10.1989, ebenda.

¹⁷⁷ ADN-Information, 29.09.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38061.

¹⁷⁸ Auswärtiges Amt Verteiler, Deutsche aus der DDR, Warschau, 20.09.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E; Fernschreiben: Abschiebungen in die DDR, Warschau, 09.10.1989; Fernschreiben: Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 11.10.1989, ebenda, Sign. 140.736 E.

¹⁷⁹ Sonderverteiler Deutsche aus der DDR, Fernschreiben: Warschau, 12.10.1989 und 13.10.1989, ebenda, Sign. 139.869 E.

¹⁸⁰ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende aus der DDR, Gespräch mit Prof. Geremek, Warschau, 18.09.1989, ebenda.

¹⁸¹ So die Mitteilung einer polnischen Regierungssprecherin. Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende aus der DDR, 10.10.1989, ebenda; Abschiebung bei illegalem Grenzübertritt, in: FAZ vom 09.10.1989.

¹⁸² Aktuelle Medienmeldungen, ZDF-Sendung, 28.09.1989, 19.00 Uhr, in: BStU, MfS HA XXII, Sign. 17253, 912/3.

¹⁸³ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Abschiebungen in die DDR, Warschau, 11.10.1989; Überstellung illegal Eingereister an die DDR-

republik lobte dagegen die polnische Regierung für ihren Mut, sich über vertragliche Abmachungen mit der DDR hinwegzusetzen. Man führte diese Entscheidung auf Interventionen von Geremek und Mazowiecki zurück.¹⁸⁵ Geremek erklärte vor der Parlamentarischen Gesellschaft, dass sich die Abschiebungen von DDR-Bürgern durch polnische Grenzdienste nicht wiederholen würden, dies hätten ihm Mazowiecki und Skubiszewski versichert.¹⁸⁶ Wenige Tage später wurden jedoch erneut Flüchtlinge an die DDR ausgeliefert.¹⁸⁷

Anfang Oktober 1989 berichtete das Auswärtige Amt, die Grenze der physischen Belastbarkeit der Flüchtlinge sei erreicht.¹⁸⁸ Es müsse nach zusätzlichen Unterkünften außerhalb der Botschaft gesucht werden.¹⁸⁹ Ausweichmöglichkeiten boten Einrichtungen des polnischen Roten Kreuzes und Privatquartiere.¹⁹⁰ Dieser Notzustand herrschte trotz der Tatsache, dass seit Anfang Oktober immer mehr DDR-Flüchtlinge in die BRD ausreisen durften. Der Zustrom neuer Flüchtlinge riss jedoch nicht ab, obwohl die Grenze nach Polen immer undurchlässiger wurde.¹⁹¹ Mitte Oktober befanden sich über 1500 Zuflucht Suchende in den elf verfügbaren Warschauer Unterkünften. Dabei handelte es sich überwiegend um kleine Pensionen und Privatquartiere, die Kosten für die Unterbringung übernahm der westdeutsche Staat.¹⁹² In der dritten Oktoberwoche warteten bereits über 2000 Flüchtlinge auf ihre Ausrei-

Behörden, Warschau, 26.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E; Polen liefert illegal eingereiste DDR-Flüchtlinge nicht mehr aus, in: SZ vom 12.10.1989.

¹⁸⁴ Fernschreiben des AA, Sonderverteiler Deutsche aus der DDR, 11.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁸⁵ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Abschiebungen in die DDR, Warschau, 11.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁸⁶ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 13.10.1989, ebenda.

¹⁸⁷ Polens Grenzpolizei liefert DDR-Flüchtlinge aus, in: Tageszeitung (TAZ) vom 23.10.1989; Lage der DDR-Deutschen in Warschau und Prag, Bonn, 23.10.1989; Auswärtiges Amt Verteiler, Fernschreiben: Warschau, 26.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

¹⁸⁸ Auswärtiges Amt Verteiler, Betreuung von Deutschen aus der DDR, Personalprobleme, Warschau, 03.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁸⁹ Fernschreiben des Auswärtigen Amtes Warschau an das Deutsche Rote Kreuz, 10.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E; Auswärtiges Amt Verteiler, Lagebericht für den Zeitraum 05.10. bis 09.10.1989, Warschau, 10.10.1989; DDR-Flüchtlingshilfe Warschau, Warschau, 23.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁹⁰ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 02.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁹¹ ADN-Information, 29.09.1989, 01.10.1989; Information zur Lage in den Botschaften der BRD, 02.10.1989, 03.10.1989, 04.10.1989; ADN-Information, 10.10.1989, 15.10.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38061.

¹⁹² Lage der DDR-Deutschen in Warschau und Prag, 17.10.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign.139.918 E.

se.¹⁹³ Ende Oktober bat Bonn die polnische Katholische Kirche erneut um Hilfe bei der Bereitstellung von Unterkünften. Bereits Mitte September 1989, vor der Schließung der Botschaft, war Primas Józef Glemp um Hilfe bei der Beschaffung zusätzlicher Unterkünfte gebeten worden. Nach der Schließung der Warschauer Botschaft am 20. September wurden zahlreiche Ausreisewillige in einem ehemaligen Priesterseminar der Diözese Warschau untergebracht.¹⁹⁴ Das erneute Hilfeersuchen stellte die Kirche vor keine einfache Entscheidung, denn das polnische Außenministerium erhob den Vorwurf, die Kirche mache aus einem deutsch-deutschen Problem ein deutsch-polnisches. Das deutsche Auswärtige Amt stellte fest, dass es ohne diesen ersten Schritt der Kirche dem polnischen Roten Kreuz vermutlich schwerer gefallen wäre, ebenfalls Hilfe bei der Unterbringung der DDR-Flüchtlinge zu leisten.¹⁹⁵ Diese Konstellation unterstrich den großen Einfluss der Katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft. Aber auch die Evangelisch-Reformierte Kirche Polens wurde um die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen gebeten und erklärte sich dazu bereit.¹⁹⁶

Die Diplomaten der deutschen Botschaft in Warschau betonten in ihren Berichten nach Bonn, Polen müsse doch ein Interesse daran haben, bis zum Besuch des Bundeskanzlers in Polen am 9. November 1989 die Zahl der Abfertigungen der DDR-Bürger zu erhöhen.¹⁹⁷ Tatsächlich sank im Laufe des Novembers die Zahl der DDR-Flüchtlinge in der Botschaft in Warschau deutlich. Am 9. November, als Kohl in Polen eintraf¹⁹⁸, hielten sich nur noch 147 DDR-Bürger in der Warschauer Botschaft auf.¹⁹⁹ Bis zum 9. November hatten über die Botschaft in Warschau mehr als 3000 DDR-Bürger mit 20 Sonderflügen in die Bundesrepublik ausreisen können. Damit war es gelungen, die Zahl der DDR-Flüchtlinge soweit abzubauen, dass sie den Staatsbesuch nicht

¹⁹³ Lage der DDR-Deutschen in Warschau und Prag, Bonn, 23.10.1989, ebenda, Sign. 139.869 E.

¹⁹⁴ Vgl. Auswärtiges Amt Verteiler, Sicherstellung der Beratung und Betreuung außerhalb der Botschaft nach evtl. Schließung für Publikumsverkehr, 11.09.1989; Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Unterbringungsmöglichkeiten durch die Kirche, Warschau, 17.09.1989; Polen – DDR-Flüchtlinge, Warschau, 20.09.1989, ebenda.

¹⁹⁵ Auswärtiges Amt Verteiler, Bundeskanzlerbesuch vom 09.-14.11.89 in Polen, Warschau, 31.10.89, ebenda.

¹⁹⁶ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Zusammenarbeit mit karitativen kirchlichen Organisationen, Warschau, 22.09.1989; Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR. Lagebericht, Warschau, 26.09.1989, ebenda.

¹⁹⁷ Drahterlass: Deutsche aus der DDR, 25.10.1989 und 26.10.1989, ebenda; PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

¹⁹⁸ Vgl. HELMUT KOHL: Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 964 ff.; Dok. Nr. 77: Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mazowiecki, Warschau, 10.11.1989, in: KÜSTERS/HOFMANN (wie Anm. 15), S. 497-500.

¹⁹⁹ Ausreise von DDR-Bürgern über Polen und die CSSR. Gegenwärtige Situation, 09.11.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Referat 513, Sign. 139.869 E.

mehr überschattete.²⁰⁰ Ende der zweiten Novemberwoche war die Zahl der Flüchtlinge in der Warschauer Botschaft auf 32 gesunken.²⁰¹ Nach dem Mauerfall war der Umweg über eine westdeutsche Botschaft im implodierenden Ostblock unnötig geworden.

Die DDR war seit Mitte Oktober 1989 bereit, die Ausreise ihrer Bürger aus Polen in die Bundesrepublik oder in ein anderes Land ihrer Wahl auf der Grundlage gültiger Dokumente zu ermöglichen.²⁰² Diese neue Lesart verkündete DDR-Botschafter Jürgen van Zwoll in der westdeutschen Botschaft in Warschau und betonte, dass die DDR ein großes Interesse daran habe, „die Angelegenheit so schnell, aber gleichzeitig so unspektakulär wie möglich, zu erledigen“.²⁰³ Ihre Entscheidung begründete die DDR-Führung mit „humanitären Erwägungen“ sowie mit dem „unmoralischen und selbstausgrenzenden Verhalten“ der DDR-Flüchtlinge. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Bundesregierung, die mit ihrer Haltung in der Flüchtlingsfrage die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD ignorierte.²⁰⁴

5 Fazit

Die vergleichende Analyse von Flucht und Aufenthalt von DDR-Bürgern in den westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie der Reaktionen der drei Länder hat gezeigt, dass Ungarn und die dortige Botschaft die wichtigste Rolle spielten. Der Abbau von Grenzanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze wirkte sich ermutigend auf potenzielle Flüchtlinge aus. Die meisten wandten sich also zuerst an die Budapester Botschaft, die aufgrund zusätzlicher Unterkünfte am besten ausgestattet war. Auch die Haltung der ungarischen Regierung war – verglichen mit der polnischen und tschechoslowakischen – am offensten und mutigsten. Da Ungarn nicht an die DDR grenzte, aber an das neutrale, westlich orientierte Österreich, befand sich das Land in einer günstigeren Lage als die beiden anderen Nachbarländer des östlichen Deutschland. Das Bündnis mit der DDR war für Ungarn nicht so essenziell wie – in deren Eigenwahrnehmung – für Polen und die Tschechoslowakei. Die Erfahrungen aus der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg mögen in beiden Ländern eine gewisse Rolle gespielt haben, besonders in Polen, das immer noch um seine Westgebiete fürchtete. Konnte man den Bonner Zusagen wirklich trauen, und war die UdSSR nicht

²⁰⁰ Ausreise von DDR-Bürgern über Polen und die CSSR. Gegenwärtige Situation, Bonn, 09.11.1989, in: PA/AA, B 85, Referat 513, Sign. 1993 E.

²⁰¹ Sonderverteiler Deutsche aus der DDR, Lagebericht, Warschau, 14.11.1989, in: PA/AA, Zwischenarchiv, Sign. 139.869 E.

²⁰² Drahterlass: 13.10.1989; Sonderverteiler Deutsche aus der DDR, Warschau, 14.10.1989, ebenda.

²⁰³ Auswärtiges Amt Verteiler, Zufluchtsuchende Deutsche aus der DDR, Warschau, 14.10.1989, in: PA/AA, B 85, Sign. 2335 E.

²⁰⁴ ADN-Information, 01.10.1989, in: BStU, MfS HA II, Sign. 38061.

der beste Garant für Polens territoriale Unversehrtheit? In der Tschechoslowakei lagen die Dinge etwas anders, denn dort hatte die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 die schlechten Erfahrungen mit den Deutschen in den Hintergrund gerückt. Offenbar ließ sich im Falle Ungarns auch eine größere Übereinstimmung zwischen den Verhandlungspartnern herstellen, was – neben menschlichen Komponenten – auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass der ungarische Sozialismus als ausgesprochen undogmatisch galt. Überwiegend wegen dieses Geflechts aus historischen, politischen und gesellschaftlichen Umständen – und nicht so sehr wegen des zur Verfügung stehenden begrenzten Platzes – konnte die ungarische Botschaft mit dem Massenandrang von DDR-Flüchtlingen relativ gut umgehen. Als Folge der gelungenen Kooperation zwischen Vertretern der Bundesregierung und Ungarns konnten auch relativ schnell zusätzliche Unterkünfte in der Stadt angemietet sowie Zeltlager in der Umgebung der Botschaft aufgestellt werden. Auch im Falle Polens funktionierte der Dialog zwischen Vertretern der Regierung und der Bundesrepublik. Da nach Warschau deutlich weniger Flüchtlinge als nach Budapest strömten, hatte die dortige Botschaft weniger Aufwand mit der Organisation von zusätzlichen Unterkünften außerhalb des Botschaftsgeländes.

Von den drei untersuchten Ländern wollte vor allem die Tschechoslowakei in der Flüchtlingsfrage nicht die guten Beziehungen zur DDR aufs Spiel setzen. Die Tschechoslowakei und die DDR standen sich in vielerlei Hinsicht sehr nah: In beiden Ländern gab es ähnliche sozioökonomische Strukturen, es herrschten ein relativ stabiler Lebensstandard und – gemessen an den sozialistischen Verhältnissen – ein konsumorientierter Lebensstil. Wegen der Nähe der Tschechoslowakei zur DDR traten hier die Spannungen zwischen Regierungsvertretern und der Bundesregierung besonders deutlich zutage, gerade in praktischen Fragen wie z.B. der Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften. Die Furcht vor einer harschen Reaktion Moskaus war in allen drei kommunistischen Ländern präsent, wobei auch hier die Tschechoslowakei die größte Besorgnis zeigte – das Trauma der Intervention von 1968 saß tief. Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen gewannen wegen der Unterstützung der DDR-Flüchtlinge in der Bundesrepublik hohes Ansehen und die Zusicherung Bonns, sich erkenntlich zu zeigen.

Ganz ohne Frage war der Wunsch, in Bonn an Prestige zu gewinnen, ein wichtiges Motiv für die Aufnahme der Flüchtlinge. Insbesondere im Falle Polens – nicht zuletzt in Erinnerung an die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik – spielte dieser Beweggrund, ungeachtet des hohen Risikos, dass sich die Beziehungen zum Nachbarland DDR verschlechtern könnten, eine wichtige Rolle.

Man kann für alle drei Länder festhalten, dass die Flucht der DDR-Bürger in die Bundesrepublik über die westdeutschen Botschaften in Budapest, Warschau und Prag die revolutionären Ereignisse und den politischen Umbruch nicht direkt beeinflusst hat. Obwohl sich einige gesellschaftliche Gruppen von der Fluchtbewegung aus der DDR beeindruckt zeigten und den

Flüchtlingen halfen, erwiesen sich politische Ereignisse im eigenen Land als viel entscheidender für den endgültigen Umbruch.

Die Frage nach Duldungs- oder Akzeptanz-Motiven kann nur in Bezug auf die politischen Akteure der drei untersuchten Länder beantwortet werden. Diese Motive hingen ganz stark mit wirtschaftlichen Erwartungen, also materieller Unterstützung seitens der BRD, zusammen. Im Fall der Oppositionellen spielte dagegen die Hoffnung auf demokratischen Wandel eine große Rolle. Um in Erfahrung zu bringen, wie die durchschnittlichen Polen, Tschechen und Ungarn über die Fluchtbewegung der Ostdeutschen dachten, müssten Stimmungsberichte aus diesen Ländern in die Analyse einbezogen werden. Auf dieser Grundlage wird auch die Frage beantwortet werden können, wie viel mentale Freiheit in diesen Ländern bereits möglich war. Dies bleibt eine Aufgabe für künftige Forschungen.

Summary

The Last Wave of Refugees from the GDR in 1989. From the West German Embassy Reports in Budapest, Prague and Warsaw

In the summer of 1989, the flood of East Germans seeking to move to the Federal Republic of Germany took a number of westward routes, including through Czechoslovakia, Hungary and Poland. In each of these countries, GDR citizens sought refuge and help from the West German embassy, whether in Prague, Budapest or Warsaw.

Primarily based on material from the political archives in the German Foreign Office, this paper seeks to analyse the mass movement of GDR citizens through the West German embassies in Budapest, Prague and Warsaw, as well as the politicians' reactions in Hungary, the Czech Republic and Poland. The main focus is on a comparative analysis of the West German embassy reports from these three countries. The paper enquires into the motives behind the tolerance, and even acceptance, of these transit receiving societies.

Starting with a description of the most important events in the West German embassies in Budapest, Prague and Warsaw shortly before the collapse of the Eastern Bloc and the beginning of the transformation phase, the paper then explores how communication regarding the GDR refugees flowed between destination countries, the West German embassies and the GDR. In turn, this enables an analysis of the system in the communist countries in the last weeks leading up to the "Wende", the turning point in German reunification history.

Comparative analysis of the GDR citizens' escape and interim residence in West German embassies in Budapest, Prague and Warsaw, not to mention an analysis of the three countries' reactions, clearly shows that Hungary and its West German embassy played the most important role. The dismantling of the border control posts on the Hungarian-Austrian border had an emboldening effect on potential refugees. Furthermore, the Hungarian government's approach – when compared to that of the Polish and Czechoslovakian governments – was clearly the most open and courageous. Given that Hungary did not share a border with the GDR, the country found itself in a far more favourable position than the other two countries, which were Eastern Germany's immediate neighbours. For precisely this reason, Budapest was most likely to succeed in any courageous action, due to the less significant need to take the GDR into consideration. The alliance with the GDR was not as essential for Hungary as was perceived to be the case by the Polish and, especially, by the Czechoslovakian ruling authorities. The interaction between

representatives of the West German embassy in Budapest and the Hungarian government proved to be the most effective. Likewise in Poland, communication between representatives of the Polish government and the Federal Republic went smoothly. Because noticeably fewer refugees streamed into the West German embassy in Warsaw than was the case in Budapest, the Warsaw embassy did not have to put as much effort into the organisation of additional accommodation outside the walls of the embassy building. Of the three countries under investigation, Czechoslovakia is distinctive for its unwillingness to compromise its good relations with the GDR on account of the refugee question.

There can be no denying the very real and present fear of a harsh reaction from Moscow in all three communist countries. In this respect, Czechoslovakia expressed the greatest apprehension – the trauma resulting from the 1968 intervention continued to run deep. At the same time, those countries willing to cooperate won a high level of respect and support from the Federal Republic of Germany. Without doubt, the desire to gain prestige in the eyes of Bonn was a very important motive for taking in refugees in each of these countries.